

NEIN ZU NEUEN LAGERN IN LESBOS UND CHIOS ZUSAMMENFASSUNG DER AKTIONEN



SI-NEWSLETTER

Liebe SI-Mitglieder! Liebe Leserinnen und Leser!

Ein Jahr Corona-Pandemie – und kein Ende in Sicht. Ein Jahr Wechselbad von Lockdown zu leichten Lockerungen, Chaos in der Impfung, bei den Testungen und bei der Verteilung des Impfstoffs. Auch hier ist die EU offensichtlich nicht fähig, ein ganz drängendes Problem zu lösen. Von unseren Partnern in Rojava/Nordsyrien wissen wir, dass in der demokratischen Selbstverwaltung das Prinzip besteht: Alles, was kommunal zu regeln geht, wird kommunal gelöst. Bürokratische Überorganisation dagegen desorganisiert. Davon können wir wohl alle ein Liedchen singen und es ist beschämend, dass sich in einer solchen Krisensituation, die jedem/r einzelnen viel abverlangt und weitere massive Auswirkungen haben wird, einzelne Politiker noch privat bereichern.

Unsere Partner aus verschiedenen Ländern berichten, wie massiv dort die Probleme in der Pandemie sind. Vor allem trifft es die arme Bevölkerung und die Todeszahlen erreichen traurige und beängstigende Rekorde. Handelskonflikte um die verschiedenen Impfstoffe bahnen sich an. Die WHO steht bereits vor einem massiven Beschaffungs- und Verteilungsproblem, spricht von einer entstehenden Ungleichbehandlung der Menschen.

Menschen erster und zweiter Klasse? Hier haben wir als Solidaritäts- und Hilfsorganisation eine klare Meinung: Das darf es nicht geben und ist uns Ansporn, unsere Arbeit mit Kraft zu entfalten, gerade auch in diesen – nicht nur wegen der Pandemie – schwierigen Zeiten.

Umso wichtiger, was sich aus der ungebrochenen Solidaritätsarbeit ergeben hat: Der Richterspruch zur Klage von Alassa Mfouapon gegen das Land Baden-Württemberg gegen die brutale Razzia in der LEA Ellwangen im

Jahr 2018 sieht ein rechtswidriges und unverhältnismäßiges Vorgehen der Polizei gegen die Flüchtlinge. Es räumt ein falsches Verhalten bei Alassas Abschiebung nach Italien ein, die wir als Strafexpedition gegen diesen anerkannten Führer der Selbstorganisation der Flüchtlinge werten. Doch fast noch wichtiger als dieses Urteil ist die Tatsache, dass sich aus der ganzen Solidaritätsarbeit mit den Flüchtlingen – und besonders um die Prozesse von Alassa – der Freundeskreis Flüchtlingssolidarität gegründet und in SI beheimatet hat. Inzwischen ist der Freundeskreis in vier Regionen Deutschlands aktiv, verbindet sich mit der Selbstorganisation der Flüchtlinge im Lager Moria/Kara Tepe und darüber hinaus in die Herkunftsländer der Flüchtlinge.

Täglich erreichen SI aktuelle Berichte der Flüchtlinge aus Moria selbst, wie selbst organisiert das tägliche Leben gemeistert wird, die notleidende griechische Bevölkerung mit versorgt wird, wie die großen NGOs in die Kritik geraten, wo aufgedeckt wird, wie faschistische Kräfte und Frontex gegen Flüchtlinge vorgehen.

Diese Berichte sind ungekürzt auf unserer neu gestalteten Homepage täglich aktuell abzurufen.

Unsere neue Homepage ging im Februar pünktlich an den Start – als erster Höhepunkt im Jahr des 25-jährigen Bestehens von SI. Es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen, Beiträge dazu zu verfassen und Geld für die Umgestaltung der Homepage zu spenden. Rund um die Verhandlung der Klage von Alassa fand ein ganzes Ensemble von Aktivitäten zur Lage der Flüchtlinge statt: Solidaritäts- und Protestaktionen rund um die Verhandlung, dem Livestream des Tribunals 2.0 des Freundeskreises Flüchtlingssolidarität und in dessen Folge die Einreichung der Klage gegen die EU vor dem Europäischen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Fortsetzung Seite 2 >>

Dank hier an alle, die diese Aktionen unter Pandemiebedingungen zu einem vollen Erfolg gemacht und uns Berichte geschickt haben.

Wir freuen uns gemeinsam mit Euch und Ihnen auf weitere Aktivitäten im Jahr unseres 25. Bestehens. Viel Elend und zerstörerische Kräfte haben wir in unserer Arbeit kennen gelernt. Doch: „In der Welt heute haben sich riesiger Reichtum angesammelt und umfassende Kenntnisse in Wissenschaft und Technik, entwickelt von hunderten Millionen von kompetenten und zupackenden Menschen. Sie ermöglichen eine Welt ohne Hunger, ohne Krieg, Unterdrückung und Elend in Einklang mit der Natur.“ (Programm SI – 1).

Dem Widerstand der Menschen und ihrem Streben nach einer lebenswerten Zukunft ist unsere Arbeit gerichtet. Jede/r kann dazu einen eigenen, für ihn passenden Beitrag leisten und dabei neue Wege der Solidarität und Hilfe beschreiten. Auch – und gerade – in diesen bewegten und polarisierten Zeiten.

Eure Newsletter-Redaktion

TERMINE DER BUNDESVERTRETUNG FÜR DAS JAHR 2021

BV-Sitzungen:

10./11.04.2021 ABZ Stuttgart
17./18.07.2021 Berlin
16./17.10.2021 Duisburg
29./30.01.2022 Duisburg

GEST-Sitzungen:

20.06.2021 Duisburg
20.09.2021 Schwäbisch Hall
09.01.2022 Kassel

Regionaltreffen:

18.04.2021 Süd: ABZ Stuttgart
14.11.2021

weitere Termine:

08.05.2021 bundesweite Infostände zu 25 Jahre SI
15.06.2021 Redaktionsschluss Newsletter 3/2021

Kämpferisch, aufrüttelnd, mitreißend die Kundgebung des Freundeskreis Flüchtlingssolidarität am 17.02.2021 in Leipzig



Sie sprachen selbst, die Flüchtlinge aus Nigeria. Bitter arm müssen dort immer noch über 90% der Bevölkerung leben, wenn man das überhaupt so nennen kann. Und das in einem Land, das nicht nur reich an Bodenschätzen ist. Wer die Regierung kritisiert, dem droht Gefängnis oder der Tod. Niemand, sagen sie am Mikrophon, ist freiwillig ein Emigrant.

Verschiedene Grußworte der Dresdner Montagsdemonstration, des Rebell Leipzig, der MLPD überbrachten ihre Solidarität und betonten den gemeinsamen Kampf für die Rechte der Flüchtlinge und gegen Abschiebung.

Mehrere Passanten kamen an den Tisch des Freundekreises, um sich weiter zu informieren und wir konnten fünf neue Mitglieder begrüßen, zum Teil direkt von vor Ort, zum Teil auch neue Mitglieder aus der Nähe von Magdeburg. Dabei war wichtig, dass verschiedene Redebeiträge, sowohl von Geflüchteten als auch von Aktivisten im Freundeskreis die Notwendigkeit der Organisation und der organisierten Zusammenarbeit betonten.

Bericht über die Spendeneingänge bis zum 07.03.2021

Spenden Rojava: Rojava - Medizin (seit 1/2015):

EINGANG:	229.944,44 €
übergeben:	228.607,66€
Noch zur Übergabe:	1.336,78€
Eingang 2021:	1.296,78 €

Kobané Ökologischer Wiederaufbau (seit 9/2015)

EINGANG:	146.870,67 €
übergeben:	143.349,71 €
noch zur Übergabe:	3.520,96 €
Eingang 2021:	0,00 €

Insgesamt Rojava:

EINGANG:	643.380,52 €
übergeben:	638.522,78 €

(inkl. der geschlossenen Stichwörter Film Kobane, Wiederaufbau, Brigaden, Rojava, Kobane Hand in Hand, Kobane Soli Ruhr, Efrin, Gesundheitszentrum)

weitere Spendenziele:

Anreise ICOR

EINGANG:	200.025,90€
übergeben:	89.767,90 €
Noch zur Übergabe:	110.258,00 €
Eingang 2021:	2.819,00 €

Hilfsfond dem. Rechte Arbeiterkämpfe

EINGANG:	8.848,63 €
übergeben:	3.500,00 €
noch zur Übergabe:	2.348,63 €
Eingang 2021:	86,00 €

Dem. Rechte Flüchtl. Alassa/ Freundeskreis Flüchtlingsolidarität (seit 05/2018)

Eingang:	19.907,30€
übergeben:	15.760,86 €
noch zur Übergabe:	.116,44 €
Eingang 2021:	2.000,25 €

Dem. Rechte Flüchtl. Prozesse + EUGH (seit 06/2020)

Eingang:	4.183,11 €
übergeben:	0,00 €
noch zu Übergabe:	4.183,11 €
Eingang 2021:	230,90 €

Das Haus der Solidarität (seit 8/2015):

EINGANG:	116.237,81 €
übergeben:	111.877,42 €
Noch zur Übergabe:	4.360,39 €
Eingang 2021:	1.800,00 €

Ngenyi / Kongo

EINGANG:	84.470,79 €
übergeben:	4.310,79 €
noch zur Übergabe:	160,00 €
Eingang 2021:	160,00 €

Gewerkschafterinnen Textil Bangladesch (seit 11/2017)

EINGANG:	7.818,67 €
übergeben:	4.920,00€
noch zur Übergabe:	2.898,67 €
Eingang 2021:	60,00 €

Hilfsfond dem. Rechte Asyl

EINGANG:	7.450,13 €
übergeben:	6.875,41 €
noch zur Übergabe:	574,72 €
Eingang 2021:	0,00 €

Canto Vivo/Planta Monte

Eingang:	6.743,06 €
übergeben:	6.422,80 €
Noch zur Übergabe:	320,26 €
Eingang 2021:	0,00 €

Huertos Solidarios (seit 07/2020)

Eingang:	3.353,42 €
übergeben:	1.146,33 €
noch zur Übergabe:	2.207,09 €
Eingang 2021:	1.044,50 €

Elfenbeinküste/Maniokprojekt (seit 06/2019)

Eingang:	4.197,00 €
übergeben:	3.306,00 €
Noch zur Übergabe:	890,00 €
Eingang 2021:	65,00 €

Moria/Lesbos (seit 01.04.20)

Eingang:	112.371,98 €
übergeben:	109.445,98 €
noch zu Übergabe:	2.926,00 €
Eingang 2021:	12.016,15 €

Indonesien (seit 02/2011)

Eingang:	20.363,11 €
übergeben:	19.967,11 €
noch zu übergeben:	396,00 €
Eingang 2021:	120,50 €

Indonesien Suppenküche (seit 07/2020)

Eingang:	1620,00 €
übergeben:	.600,00 €
Noch zu übergeben:	20,00 €
Eingang 2021:	110,00 €

Homepage (seit 07/2020)

Eingang:	2.347,00 €
Eingang 2021:	110,00 €

Die Spenden werden immer direkt an unsere Partner zu 100 % weitergeleitet.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern für Euer Vertrauen und Euren Einsatz.

Auf Grund der zurückliegenden Erfahrung bitte unbedingt beachten: Für die Ausstellung der Spendenbescheinigungen benötigen wir Eure vollständige Adresse (falls uns noch nicht bekannt). Die Bescheinigungen werden immer im Januar / Februar des Folgejahres an alle verschickt.

Eure SI-Kasse

"Nein zu neuen Lagern in Lesbos und Chios"

Die Flüchtlinge berichten

Im Dezember begannen Elektriker der Weißhelme Moria mit der Elektroabteilung des Camps zusammenzuarbeiten, um das Netz im Lager zu reparieren und zu erweitern. Seitdem wurden Hunderte von Zelten angeschlossen, neue Schalttafeln verlegt und Kilometer Kabel gelegt. Das ist natürlich keine langfristige Lösung, bis ein professionelles Unternehmen übernimmt.

Heute haben wir für die Kinder Englisch Unterricht.

In einem Gespräch sagte mir Michalis, dass der Bau eines neuen Gefängnislager ist noch lange nicht durch auch wenn die griechische Regierung und die EU Bonbos verteilt.

Die Gemeinde von Lesbos und Chios wenden sich an die Öffentlichkeit mit einer Resolution und wollen ihre Opposition verstärken.

„Nein zu neuen Lagern in Lesbos und Chios“

Heute wurden die neuen Zahlen von der Gemeinde veröffentlicht Diese Zahlen haben sie vom Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen auf Lesbos erhalten.

Von den 9.496 leben 7.198 (76%) in Kara Tepe. Die Mehrheit der Bevölkerung stammt aus Afghanistan (71%), der Demokratischen Republik Kongo (9%) und Syrien (7%).

23% der Bevölkerung sind Frauen, 37% Kinder, von denen mehr als sieben von zehn jünger als 12 Jahre sind.

Etwa 4,5% der Kinder sind unbegleitet, hauptsächlich aus Afghanistan. In der Woche vom 18. bis 24. Januar kamen 71 Menschen auf Lesbos an, während letzte Woche 33 Personen ankamen.

Thomas Osten Sacken unterstützt den Bericht von Robert Herr.



Habe diese NGO-Werbung erhalten und dann spontan mal kurz reinrecherchiert, weil ich mich fragte: Was machen die denn eigentlich genau? Dann war es aber so spannend, dass ich ein bisschen genauer reingeschaut habe. Am Ende habe ich dann doch noch rausgefunden, was sie da in Jordanien genau machen.

Es war zunächst erstmal gar nicht so einfach was rauszufinden, da ich keinen Rechenschaftsbericht, Jahresbericht oder Geschäftsbericht dieser NGO finden konnte. Da die NGO nicht als Verein, sondern als GmbH eingetragen ist, habe ich also erstmal die Firmenhistorie nachvollzogen.

Die Firma wurde ursprünglich 2010 als Bondus GmbH im Rahmen einer Startup-Werkstatt der TU Berlin gegründet, damals noch mit dem Firmengegenstand „Persönliche und automatisierte Beratung im Bereich Energie sowie der Vertrieb und die Vermarktung von Produkten aus dem Bereich Energie (...) sowie das Halten, Verwalten und Veräußern von Kapitalgesellschaften“, gemeinsam von einem Diplom-Ingenieur und einer Juristin. Die Gründung wurde damals vom EXIST-Programm des Wirtschaftsministeriums gefördert. Die Juristin ist allem Anschein nach nicht mehr bei der Firma beschäftigt, sondern arbeitet jetzt als Beraterin

für Wirtschaftsrecht bei der größten Wirtschaftsrechtskanzlei der Welt.

Der Diplom-Ingenieur ist mittlerweile Professor an der TU Berlin und hat seine Firma Ende 2015, kurz nach der so genannten „Flüchtlingskrise“ neu aufgestellt, mit neuem Namen als COSA International gGmbH (vielleicht angelehnt an das Committee on Sustainability Assessment (COSA) der Vereinten Nationen), das als neuen Geschäftszweck angab: „Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Hilfe für Flüchtlinge und Kriegsoffer sowie die Förderung der Kultur desselben Personenkreises im Sinne von § 52 Abs. 2 Nr. 10 und 13 AO. Dieser Zweck wird verwirklicht durch das Betreiben von Gemeinschaftszentren, in denen folgende Dienste unentgeltlich für schutzbedürftige Menschen angeboten werden: Essensausgabe und Bereitstellung von temporärer Unterkunft, psychosoziale und medizinische Betreuung, kulturelle Veranstaltungen, Freizeitaktivitäten und Seminare zur Integration.“ Das Halten von Kapitalgesellschaften war nicht mehr Geschäftszweck, sondern stattdessen „Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).“

Ob COSA International auch wirklich dergestalt tätig war, kann ich nicht mehr nachvollziehen, da die Homepage cosa-international.org mittlerweile abgeschaltet ist und auch in Archiven keine Mirrors der Seite auftauchen. Auf jeden Fall dachte man damals schon an eine Umbenennung und registrierte die Domain hudara.com, was ja schon recht nah an Hudara dran ist.

2017 folgte dann die Umbenennung in Hudara, 2018 wurde der Geschäftszweck abermals geändert und musste dann von Amts wegen berichtigt werden, er lautet mittlerweile wie folgt: „Die Eintragung betreffend den Gegenstand ist von Amts wegen berichtigt und wird wie folgt berichtigt eingetragen: Die Förderung der

Hilfe für Flüchtlinge und Kriegsopfer sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens, die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit, die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Förderung der Wissenschaft und Forschung im selben Themengebiet im Sinne von § 52 Abs. 2 Nr. 1, 10, 13, 15, und 18 AO. Dieser Zweck wird verwirklicht durch das Durchführen von Projekten zu genannten Themen und das Betreiben von Gemeinschaftszentren, in denen folgende Dienste unentgeltlich für schutzbedürftige Menschen angeboten werden: Essensausgabe und Bereitstellung von temporärer Unterkunft; psychosoziale und medizinische Beratung; kulturelle Veranstaltungen, Freizeitaktivitäten und Seminare zur Integration; Beratung zur Anpassung an den Klimawandel." 2020 wurde Hudara und Logo als Wort- und Bildmarke eingetragen.

Im September 2020 wird es dann interessant. Das Unternehmen, das zu diesem Zeitpunkt nach eigenen

Angaben aus fünf Leuten besteht, bezieht eine EU-Förderung der EU im Rahmen der EU-Programme für die EU-Außengebiete an Land, bei dem es um das Aufzeigen von Lösungen für die „dekarbonisierte Energiezukunft in Mayotte und anderen europäischen Inseln" geht. Mayotte ist eine französische Insel im indischen Ozean und hat knapp 250.000 Einwohner.

Die Förderung, welche die Firma Hudara dafür bekommt beträgt 410.250 €. Das ist relativ stattlich, wenn man bedenkt, dass das rund das 50-fache der letzten öffentlichen jährlichen Bilanzsumme der Firma ist, die bei rund 8000€ lag. Jetzt, fünf Monate später, hat die Firma mehr als doppelt so viele Mitarbeiter wie noch im September, nämlich elf. Darunter unter anderem auch jetzt neu eine „Leitung digitales Marketing", einer Spezialistin für „NGO Marketing Consulting".

Ergebnis dieses Geldflusses und der neu hinzugewonnenen Expertise für digitales Marketing bei NGOs dürfte dann vermutlich diese bundesweit geschaltete Facebookkampagne für

Spenden sein und Instagram-Videos über „On the path to self-care: why and how to care the self and your community?"

Wie sieht also das Projekt vor Ort in Jordanien aus, für das Hudara mit dieser Facebook-Werbung Geld sammelt, was machen die denn da? Auf der etwas unübersichtlichen Homepage findet man es dann doch noch heraus:

„Hudara hat daher einen Ressourcenleitfaden erstellt, in dem Materialien für die psychosoziale Ausbildung von Mitarbeiter der primären Gesundheitsversorgung zusammengestellt wurden. Dies wird dazu beitragen, ein Programm zum Aufbau von Kapazitäten zu strukturieren, das die Rolle der Mitarbeiter der primären Gesundheitsversorgung bei der psychosozialen Unterstützung von Überlebenden von GBV stärken wird."

Da haben wir also die Antwort. Wer 10 € für Hudara spendet, unterstützt damit die Erstellung eines Ressourcenleitfadens.

Brief einer Zwölfjährigen aus Kara Tepe

„Ich möchte so gerne Lehrerin oder Ärztin werden ...“

Mit diesem Bericht stellen uns unsere Partner von „Stand by me lesvos" eine Schülerin in der selbstorganisierten „Moria Academia" aus dem Flüchtlingslager Kara Tepe auf Lesbos vor.

Von Solidarität International
Emscher-Lippe
Mittwoch, 10.03.2021

Rukia und alle anderen Kinder in Flüchtlingslagern sollen ihre Träume verwirklichen können!

Sie schreiben: „Ihr Name ist Rukia und sie ist zwölf Jahre alt. Sie ist seit anderthalb Jahren in den Lagern auf Lesbos. Sie hat einen Traum. Sie lernt Englisch, Griechisch, Spanisch und Arabisch. Jetzt kann sie auch ein bisschen Deutsch und sie hilft der Lehrerin in den Klassen, die wir haben. Sie

hat diesen Brief geschrieben, den wir euch vorstellen wollen. Sie schreibt: „Ich möchte Lehrerin oder Ärztin werden. Schade, wenn ich nicht beides werden kann, dann ist es OK, nur Ärztin oder nur Lehrerin zu werden. Ich möchte nach Deutschland, um dort Ärztin oder Lehrerin zu sein. Aber jetzt sitze ich in einem Zelt, in einem roten Zelt."

Was hat dieses zwölfjährige Mädchen schon alles erlebt, wenn sie nach einer schrecklichen Flucht jetzt schon anderthalb Jahre erst im Lager Moria, das abgebrannt ist, und jetzt in Kara Tepe lebt, wo sie die Kälte, die Stürme und unmenschliche Lebensbedingen ertragen muss. Einer EU-Politik ausgesetzt ist, die es nicht fertig bringt, die aller elementarsten Bedürfnisse der Flüchtlinge zu erfüllen. „Wie geht die

griechische, deutsche, französische Regierung, wie die EU mit unseren Kindern um? Hier wird wissentlich die Kinderrechtskonvention, die am 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, missachtet. (...)

Rukia und alle anderen Kinder in Kara Tepe oder in anderen Flüchtlingslagern müssen ihre Träume verwirklichen können. Ein weiterer Grund für den Antrag von Solidarität International an den Internationalen Strafgerichtshof. Darin wird die Chefanklägerin, Frau Fatou Ben Bensouda, aufgefordert, Ermittlungen gegen führende Persönlichkeiten der EU, wie Frau Ursula von der Leyen, einzuleiten, gegen diese menschenrechtsverletzende Flüchtlingspolitik.

Sofortige Auflösung der EU-Flüchtlingslager!

Menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge in der EU!

SOLIDARITÄT MIT MORIA !



In den überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln der Ägäis leben 42.000 Menschen aus aller Welt unter erbärmlichen Bedingungen. 167 Leute teilen sich je eine Toilette, mehr als 240 eine Dusche, zuweilen nur eine Wasserzapfstelle für 1300 Bewohner – und keine Seife und Möglichkeiten, sich nur annähernd angemessen vorsorglich die Hände zu waschen! Inzwischen kämpfen sie auch gegen eine Infektionswelle mit COVID-19.

Mit einem Ausbruch der Corona-Pandemie würde eine tödliche Katastrophe entstehen! Diese Situation ist lebensgefährlich!

Deshalb fordern wir: Sofortige Evakuierung aller EU-Lager an den Außengrenzen Europas.

Nach Abzug der ausländischen NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) organisieren sie sich selbst. „Alle reden über uns - jetzt reden wir“ Dieses, vor knapp zwei Jahren aus der Selbstorganisation der Flüchtlinge in der Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen geborene Motto, muss um die Welt gehen und gehört werden. Mit Hilfe griechischer Freiwilliger organisieren sie die Ordnung im Lager, den Umgang mit Müll, nähen Schutzmasken und lehren die Kinder, hygienische Maßnahmen einzuhalten.

Gleichzeitig sammeln sie Essensspenden für die verarmte Bevölkerung von Lesbos. Initiatoren des Projektes sind Iordanis Georgiou, gebürtiger Grieche aus Edessa, sowie Alassa Mfouapon, beide SI-Aktivist*innen, zusammen mit der Regionalgruppe Emscher-Lippe und dem Bundesvorstand von SI. Sprecher der Projektpartner vor Ort ist Michalis Aiwaliotis, Lehrer in Mytilini/Lesbos, und seit acht Jahren ehrenamtlicher Aktivist im Flüchtlingslager Moria/Lesbos.

SI unterstützt dieses beeindruckende Projekt!

Wir sammeln Spenden für die nötige Akuthilfe – für Trinkwasser, Hygiene, alle notwendigen Sofortmaßnahmen.

Wir organisieren Sachspenden wie Nähmaschinen, Stoffe, Atemmasken. Wir unterstützen die Selbstorganisation der Flüchtlinge und wollen eines ihrer Sprachrohre in Deutschland sein. Wir erklären uns solidarisch mit den Bewohner*innen von Lesbos und weiteren griechischen Inseln und nehmen ihre jahrelange Solidarität zum Vorbild.

SI ruft auf zur Unterzeichnung der Petition des Freundeskreises Alassa & Friends zur Evakuierung des Lagers: „Corona: Flüchtlinge aus Hotspots retten – Abschiebung stoppen – SOFORT“.

Spendenaufruf

Solidarität International (SI) e.V. ruft in Verbindung mit der Forderung nach Evakuierung auf zu Spenden für die Akuthilfe für die Flüchtlinge im Lager Moria und die Bewohner in den Dörfern auf Lesbos.

Spenden Sie unter dem Stichwort „Moria/Lesbos“ an:
Kontoverbindung
Frankfurter Volksbank
DE86 5019 0000 6100 8005 84

Die Spenden werden direkt weitergegeben an die Selbstorganisation der Flüchtlinge „OXI – Lesbos resists Corona“, die mit griechischen Bewohnern der Insel zusammenarbeitet.



Das Hennen-Team um Buchhändler Simon Fortenbacher hat in seiner Buchhandlung die Flyer zu Moria ausgelegt. Schon drei Mal durften wir bei ihm Spenden aus der aufgestellten Spendendose für die Soforthilfe in Moria/Kara Tepe abholen. Trotz Lockdowns spendeten seine Kunden beim Abholen bestellter Bücher.

Nachgefragt, ob er einen Artikel für den newsletter schreiben möchte, hat er uns folgendes Statement zugeschickt:

„Die letzten Monate sind für viele Menschen sehr schwer gewesen. Es gibt wohl kein Phänomen, das unsere Menschlichkeit mehr auf die Probe stellt, als eine Pandemie. Die konkrete Angst krank zu werden und womöglich sogar sein Leben zu verlieren, hat schon immer zu gesellschaftlichen Krisen geführt. Für Regierungen gibt

es wohl keine schwerere Aufgabe, als eine epidemische Lage unter Kontrolle zu bringen.

Als Buchhändler habe ich auch die wirtschaftlichen Auswirkungen selbst erlebt und verstehe auch den Frust vieler Menschen, die durch die Entscheidungen der Bundesregierung in eine existenzgefährdende Lage geraten sind.

Trotz alledem halte ich es für ein schändliches Versagen der Staatengemeinschaften, allen voran der EU, dass die viel größere Krise unserer Zeit beinahe vollständig aus deren Blick geraten ist:

Die Katastrophe des Syrienkrieges und die durch Klimawandel, Globalisierung und Terror versuchte Instabilität großer Teile Afrikas. Es gibt kein Naturgesetz, das unsere Regierungen zwingt, auch in Zeiten einer Pandemie, weiterhin Engagement für not-

leidende Menschen zu zeigen. Es ist nicht die Pandemie, die dieses Leid verstärkt hat, sondern der Mangel jeglichen Verantwortungsgefühls, ja, der politische Wille, auch weiterhin finanziell Projekte zu unterstützen, die dieses Leid lindern, wenn nicht sogar verhindern könnten.

Als Buchhändler halte ich es für eine Selbstverständlichkeit, soziale Projekte zu unterstützen. Auch wenn die Zeiten hart für alle sind.

Es ist für mich selbstverständlich solidarisch zu sein. Denn Solidarität darf und kann nicht an Grenzen halt machen. Und es ist auch möglich mehrere große Krisen gleichzeitig zu lösen, gerade weil es offenkundig ist, dass diese Krisen sich gegenseitig ausgelöst und verstärkt haben.“

Danke für dieses Statement und dieses nachahmenswerte Engagement.

PRESSEMITTEILUNG

Wenn jetzt Autofahrer auf den Autobahnen im Schneechaos stecken bleiben, die Nacht frierend im Auto verbringen und von Feuerwehr, Polizei und THW versorgt werden müssen, dann wird darüber informiert, die Helfer werden interviewt, wir freuen uns mit den gestrandeten Autofahrern, wenn sie die Kälte gut überstehen und in einem beheizten Auto weiterfahren können.

Warum hören wir so wenig über die Frierenden in Bihac in Bosnien-Herzegowina, die dort im Lager Lipa gestrandet sind? Die nicht nur eine Nacht, sondern zum Teil seit Wochen bei Minusgraden im Freien verbringen müssen? Viele ohne Zelte und ohne Winterkleidung? Auf Hilfe und Lebensmittelspenden von Privatpersonen angewiesen, denn der bosnische Staat verweigert ihnen Hilfe, die EU verweigert ihnen die Aufnahme.

Ein Flüchtling aus dem Lager Kara Tepe auf Lesbos berichtete heute: „Ich bin ein Familienmensch und liebe meine Kinder. Ich komme aus einem Land, da herrschen Krieg, Terror, Gewalt. Mit europäischen Waffen. Ich habe trotzdem das große Risiko auf mich genommen, mit meiner Frau und kleinem Kind zu fliehen. Wir konnten und wollten nicht mehr so leben.

Wir wussten, welche Gefahr bestand für mein kleinen Sohn, als wir uns in einem kleinen Boot von der Türkei nach Griechenland wagten. Wir hatten Glück, aber viele kleine Kinder, Frauen und Männer haben es nicht überlebt und sind ertrunken. Uns geht es nicht gut hier, es wird eine Politik von reichen Ländern gegen uns betrieben und die lassen es uns täglich spüren, wie wenn wir keine Menschen sind, wie wenn wir Abschaum wären. Viele haben es geschafft nach

Europa und viele hängen in Länder fest im Balkan. Bekannte von uns, die auch in Moria waren, hängen jetzt im Lager von Lipa fest. Was sie uns schreiben, wollen wir nicht glauben. Viele haben keine Zelte und jetzt ist sehr kalt und viel Schnee. Sie haben keine Winterkleidung. Die Polizei geht da sehr brutal vor. Sie sind ständig in Angst und sind ständig auf der Flucht vor der Polizei. Wenn sie einen an der Grenze erwischen, dann schlagen sie brutal zu, nehmen unsere Kleidung weg. Warum????“

Die EU zahlt dem Nicht-EU-Mitglied Bosnien-Herzegowina jährlich 20 Mio. Euro und will sich so von Verantwortung freikaufen. Wo ist das Geld geblieben? Aus der deutschen Regierung hört man zynisch: „Die Probleme sollten vor Ort gelöst werden.“ Was nichts anderes heißt als: „Bleibt wo ihr seid! Wir wollen euch hier nicht haben!“

Ein Höhepunkt der Zusammenarbeit von SI und den Flüchtlingen

Auf unserer neuen Homepage wird über die ganze Bandbreite der Arbeit und Kontakte von SI berichtet. So sind inzwischen Berichte vom „Ensemble“ zum Prozess des Sprechers des Freundeskreises Flüchtlingsolidarität in SI, Alassa Mfouapon gegen das Land Baden-Württemberg, auf den jeweiligen Ortsseiten eingestellt.

Ein Alleinstellungsmerkmal von SI sind unsere direkten Kontakte vor Ort. So bestehen seit Monaten Verbindungen zu den Flüchtlingen in

Kara Tepe/Moria und der Bevölkerung auf Lesbos. Von ihnen erhalten wir fast täglich kurze Berichte über ihre Selbstorganisation, ihre Probleme, Sorgen aber auch Erfolge und Bündnisse. Diese Berichte sollten weite Verbreitung finden.

Immer wieder finden sich in den Berichten auch Hinweise über die finanzielle Praxis einiger Hilfsorganisationen und NGOs. Am 9. März wird berichtet: „Ein weiterer Hilfsfonds, der von einem Investmentbanker betrieben wird. Das scheint Schule

zu machen. Ich weiß nicht, auf wie viele Organisationen ich in letzter Zeit gestoßen bin, in denen mindestens das halbe Board aus Leuten aus der Finanzbranche stammt, während sich dort äußerst wenig Personen mit irgendwelcher anderen Expertise finden. Eine seltsame Entwicklung. (...)“

Von den Medien – Zeitungen, Magazinen, TV, Radio und Internet – werden diese wichtigen Berichte nur sporadisch – wenn überhaupt – aufgegriffen. Unsere vielen Pressemitteilungen und -hinweise werden meist ignoriert, was letztlich darauf hinausläuft, dass die menschenverachtende Flüchtlingspolitik der EU und Deutschlands von den großen Medien mitgetragen wird.

Es liegt also an uns und den Unterstützern von SI, diese Berichte breit bekannt zu machen. Sie sind zu finden unter „Kampagnen & Projekte“ und dort unter „Lesvos resists Corona“.

Kundgebung zu Kara Tepe/Lesbos Spendenbereitschaft phänomenal!

Am Samstag 20.02.21 führte SI Schwäbisch Hall eine Kundgebung im Froschgraben in Schwäbisch Hall durch, um nochmals auf die verheerenden Zustände und die Not der Menschen in Kara Tepe und anderen Camps aufmerksam zu machen.

Allein schon die Erlaubnis für die Kundgebung zu erhalten, war ein Hürdenlauf. Mit vier Wochen Vorlauf angemeldet, wurde die Zuständigkeit bei der Stadt von einer Behörde zur nächsten und wieder zurückgeschoben. Ständig mussten wir nachhaken, wie denn nun der Stand der Dinge ist. Irgendwann war dann auch die zuständige Bearbeiterin für uns nicht mehr erreichbar. Erst als wir dann bei dem Vorgesetzten Druck machten, erhielten wir die Erlaubnis per Mail am 19.02. Bei den verschiedenen Telefonaten wurden wir mehr oder weniger versteckt aufgefordert, „uns die Sache angesichts Corona doch noch zu überlegen“.

Für uns gab es natürlich nix zu überlegen!

Im Vorfeld hatten wir diverse Organisationen und Parteien angeschrieben mit der Bitte, die Kundgebung mit zu unterstützen. Leider war die Resonanz dürftig, nur vier Organisationen/Parteien sagten diese zu.

Der Internationale Chor, der schon beim Kulturabend der BDV dabei war, umrahmte die Kundgebung mit mehreren Liedern. Die Redebeiträge – leider nur von SI und MLPD – kamen bei den ca. 40 Zuhörern gut an und es ergaben sich zahlreiche Gespräche.

Und wir waren zutiefst beeindruckt von der Spendenbereitschaft nicht nur der Teilnehmer, sondern auch von denen, die vorbeigingen und auch was in die Dosen steckten.

Schon am Samstag zuvor konnten 118 € an Spenden gesammelt werden, als wir bei eisiger Kälte mit dem Flugblatt zur Kundgebung einluden.



Schlussendlich erhielten wir 1.101,13 € an Spenden für Kara Tepe in nur zwei Stunden! Schon in den ersten Minuten – wir hatten noch nicht mal aufgebaut – kamen die ersten Spenden, eine Frau spendete sogar 150,00 € mit den Worten: „Ich hab das schon gestern für euch vorbereitet.“

Und wir haben zwei neue Mitglieder gewonnen!

Also alles in allem, eine sehr gelungene Veranstaltung.

Ein herzliches Dankeschön an alle Spender, Unterstützer und natürlich auch allen, die beim Auf- und Abbau und der Spendensammlung geholfen haben.

Waltraut,
SI OG Schwäbisch Hall

**Zuschrift von
Gerhard Zahn,
Stuttgart Bad-Cannstatt**

Ich bin erschüttert, was die Kinder nach dem Brand in Moria durchmachen müssen.

Die armen Kinder. Wie sollen sie diese Traumata überwinden, wenn sie fast keine psychologische Hilfe erhalten. Wenn diese Politik christlich und menschlich sein soll????????? Welche ist es dann???

Was mich besonders ärgert ist die EU-Kommissionvorsitzende von der Leyen. Sie ist siebenfache Mutter und dazu noch Ärztin. Das ist das Schlimme dabei, dass sie den Hippokratischen Eid geschworen hat. Eigentlich sollte sie Menschen helfen.

Grußbotschaft von Alassane und Diatu an den Freundeskreis Flüchtlings solidarität

Liebe Freunde,

wir sind Alassane, Diatu und Dialika aus Guinea. Wir leben in Gladbeck. Wir kämpfen mit euch zusammen, dass die Abschiebungen aufhören sollen.

Wir sollen keine Angst haben, sondern wir müssen weiter kritisieren, damit die Regierung uns hört. Letzte Woche bekamen neun Flüchtlinge aus Guinea hier in Gladbeck einen Abschiebungsbrief – da wollen die Behörden die Identität herausfinden, um sie dann abschieben zu können. Unsere Flüchtlingsfreunde sind deshalb nach Frankreich – erneut – geflohen.

Diese Behandlung der Menschen muss aufhören – dafür müssen wir zusammen kämpfen!

Wir sind Flüchtlinge und keine Banditen, die hier etwas kaputt machen wollen. Wir haben Probleme in unserer Heimat, deshalb sind wir hier.

Wir wünschen viel Erfolg bei dem Prozess gegen das Land Baden-Württemberg.

**Alassane,
Diatu und Dialika**



Non Profit Company

Archipelagous 19 81100
Mytilene
tel/fax +302251028241
michael@standbymelesvos.gr
www.standbymelesvos.gr

Stand by me Lesvos stands by Alassa Mfouapon

Stand by me Lesvos stands by Alassa Mfouapon, defending his rights as a human being and as a refugee. Passing by the island of Lesvos and having experienced the loss of his loved ones, he still continues to stand with dignity in the new country where he stays now.

Alassa Mfouapon has a life story to tell with many problems, farewells and separations. During his trip to Lesvos he experienced the worse nightmare any person and parent can experience: he saw his child lost in the sea and drowning. He saw the loss of life in his most beloved person, his child. However, with dignity and a lot of effort he continued to live in the difficult conditions of Lesvos and continued his journey to Germany.

Alassa Mfouapon is as an example for all of us, demanding better living conditions, with respect for individual and social rights. Stand by me Lesvos can only stand by him, listen to him and support him, as it does in every life story that respectfully claims a better future for all of us.

Stand by me Lesvos fights for the safe and dignified lives of refugees and accuses anyone who puts their lives in danger, whether they are slave traders, the army, states or the European Union. We fight for no more stories like Alassa Mfouapon.

Michael Aivaliotis

Zusammenfassung der Aktionen

von SI und dem Freundeskreis vom 17.2 Februar 2021 zum Prozess von Alassa Mfouapon gegen das Land Baden-Württemberg

Vom Gänsemarsch bis zur Ode an die Freude:

Dezentral, ideenreich, pfiffig, inhaltlich fundiert und verbunden mit Spendensammlungen für die Prozesskosten stoßen die Aktionen vor allem bei jungen Leuten auf starkes Interesse

Der „Freundeskreis Flüchtlings-solidarität in SI“ und die Bundesvertretung von „Solidarität International e.V. (SI)“ hatten anlässlich des Prozesses von Alassa Mfouapon gegen das Land Baden-Württemberg zu vielfältigen Protest- und Solidaritätsaktionen für den 17. Februar aufgerufen.

Aus Stuttgart wird berichtet: „Ein Mann, arabischer Herkunft, kam zu uns an den Stand, hat sich das SI Material angeschaut und meinte: Ich muss wieder zur Arbeit, kann euch aber mit einer Spende unterstützen. Er spendet 5 Euro und gibt uns seine Adresse. Dann schaut er mich lange und ganz ernst an: Ich danke euch, dass ihr das hier macht und euch für uns einsetzt. Vielen Dank! Ich zeige auf das SI-Zeichen. Wir machen es gemeinsam für uns alle!“

Die Bilanz dieser Aktionen ist überwältigend. In mindestens 20 Städten hat es fantasievolle und kämpferische Aktionen im Bündnis mit befreundeten und neuen Organisationen und Initiativen gegeben. Die Bundesvertretung von SI bedankt sich bei allen Aktivist:innen, Organisator:innen, Teilnehmer:innen, Sängern, Spendensammlern für den tollen Einsatz.

Im Programm von SI heißt es unter anderem:

„Flucht und Migration sind zur Massenerscheinung geworden. Plünderung der Ressourcen in der Welt, verbunden mit menschenverachtender Ausbeutung und Unterdrückung finden weltweit täglich statt. (...) In diesen aufgewühlten Zeiten ist Solidarität und Hilfe notwendiger denn je! Mas-

senhaft Menschen sind dazu bereit: Sie helfen, spenden oder engagieren sich ehrenamtlich. (...) SI leistet solidarische Hilfe auf Augenhöhe (...) SI will Brücken bauen zwischen den Völkern und Menschen über Ländergrenzen hinweg. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Ein Großteil der Probleme in der Welt ist engstens miteinander verbunden und kann nur gemeinsam und länderübergreifend gelöst werden (...)“

Von diesem Geist waren die Aktionen durchdrungen. Wir möchten eine Auswahl vorstellen:

In Heilbronn fand eine Kundgebung am Hafenmarktturm statt. Die etwa 20 Teilnehmer, von denen wohl einige Alassa auch persönlich kennen, schreiben, „Our hearts are full of love! Unsere heutige Kundgebung war ein voller Erfolg und ist gerade mit Beethovens / ‚Ode an die Freude‘ / zu Ende gegangen, die du so gern singst. In mehreren Redebeiträgen wurden die Stationen Deines und Eures Kampfes lebendig.“

Dass die Rechtlosigkeit von Geflüchteten kein Einzelfall ist, sondern System hat, wurde in mehreren Resolutionen verurteilt. In Duisburg-Hamborn führten die Teilnehmer deshalb einen spontanen „Gänsemarsch-Spaziergang“ mit Fahnen und Umhängeschil-dern, natürlich mit coronagerechtem Abstand, zum Flüchtlingsheim – einem derzeitigen Coronahotspot – durch, wo sie unsere Solidarität und Kritik an den Zuständen ausdrückten und „Bella Ciao“ sangen.

Die Aktionen in Kassel und Gelsenkirchen verbanden die Unterstützung für Alassa und seinen Prozess echt internationalistisch mit dem Kampf der Arbeiter. So beteiligten sich in Kassel Arbeiter von VW und Metaller an der Mahnwache. Aus Gelsenkirchen wird berichtet: „Große Zustimmung fand auch eine Solidaritätserklärung an die Berg-

leute aus Zenica. ‚Heute berichtet uns ein bosnischer Kollege über eure Probleme und eure Kämpfe, für eure Arbeitsplätze, bessere Arbeitsbedingungen und eure Löhne. Wir unterstützen euch in eurem Vorhaben und schicken euch starke kämpferische Grüße. Bitte kümmert euch auch um die Flüchtlinge in Lipa. Sie leben in unmenschlichen Verhältnissen bei minus 20 Grad. Das darf nicht so weitergehen! ...“

Mehrere Berichte betonen die Breite der Aktionen. Stellvertretend dazu aus dem Bericht von Hamburg: „Mit ca. 30 permanenten Teilnehmern haben wir im Herzen des Stadtteils Hamburg-Altona auch viele Passanten erreicht. Durch die Beiträge, auch von befreundeten Organisationen, wie dem Internationalistischen Bündnis, des Frauenverbands Courage, der MLPD und der ICOR wurde die menschenverachtende Flüchtlingspolitik angeprangert und die Notwendigkeit der internationalen Solidarität zur Bekämpfung der Fluchtursachen betont. Ein Vertreter des Flüchtlingsrats Hamburg hat über die Situation in den Hamburger Unterkünften und dem heuchlerischen Umgang mit den dort herrschenden, unhaltbaren Zuständen berichtet. Gleichzeitig hat er sehr engagiert seine Anerkennung für die Arbeit des Freundeskreises Flüchtlings-solidarität ausgedrückt. (...)“

In Ellwangen fand eine Kundgebung mit etwa zehn Personen statt. Der Redner der Bundesvertretung von SI bedankte sich bei der Ellwanger Bevölkerung für die Hilfe, die sie den Geflüchteten leistet. Vieles davon kommt gar nicht an die Öffentlichkeit. Ein Redner meinte: „Den Flüchtlingen stehen die vollen Menschenrechte zu. Die werden ihnen aber verwehrt, solange die EU ihre „Abschreckungspolitik“ fortsetzt. Haben Menschen, die um Hilfe bitten, die auf der Flucht sind, nur eingeschränkte Rechte? „Solidarität International e.V. (SI)“ unterstützt,

dass die Menschen selbst zu Wort kommen - in den Lagern an den EU-Außengrenzen und auch hier (...)"

In Ulm sprach ein Flüchtling, der zunächst in der LEA Ellwangen war und jetzt in der Nähe von Ulm wohnt.

Überall wurde die reaktionäre Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und des Landes Baden-Württemberg mit den Innenministern Seehofer (CSU) und Strobl (CDU) verurteilt. Aus Berlin haben wir Fotos bekommen, die zeigen, dass sie ihre Aktion direkt vor dem Bundesinnenministerium durchgeführt haben.

Es sind noch Berichte und Bilder aus München, Albstadt, Villingen-Schwenningen, Tübingen, Düsseldorf, Esslingen, Waiblingen, Stuttgart, Gladbeck, Saarbrücken und Leipzig eingegangen.

In Leipzig wurden vier neue Mitglieder für den Freundeskreis gewonnen, auch in Gelsenkirchen konnte ein

neues Mitglied für SI gewonnen werden. In München gibt es zwei junge Frauen, die in SI Mitglied werden wollen. Sie waren von der Kundgebung begeistert und wollen unterstützen, dass eine Arbeit in den sozialen Netzwerken gemacht wird. In mehreren Städten fanden Spendensammlungen statt, so in Ulm, Duisburg, Leipzig und Saarbrücken. In München sammelten Kinder von den Rotfüchsen für die Prozesskosten von Alassa und verkündeten das selbstbewusst am offenen Mikrofon. Das ist genau richtig. Bei SI kommt jeder Cent da an, wofür er gespendet wurde. Aber auch für die eigene Arbeit brauchen wir Geld, so etwa für die neue Homepage.

An den vielfältigen Aktionen zum 17. Februar waren unserer Kenntnis nach mindestens 800 UnterstützerInnen von Alassa beteiligt, die wiederum mit vielen Passanten ins Gespräch über die reaktionäre Flüchtlingspolitik und die internationale Solidarität gekommen sind. So wird berichtet, dass die von den

Medien verbreitete Stimmung von Hilflosigkeit und Barmherzigkeit diskutiert und dem die gemeinsame Solidarität auf Augenhöhe entgegen gestellt wurde.

Die ganzen Aktionen zeigen die Lebhaftigkeit unseres Verbands. Sie sind eine hervorragende Unterstützung für den Prozess gewesen.

Wir gratulieren Alassa und allen seinen UnterstützerInnen zu diesem tollen Erfolg vor Gericht. Das Urteil strahlt weit über Deutschland hinaus. Es ist wahr, was unser Programm schreibt: „Gemeinsam und organisiert: Internationale Solidarität und Hilfe kann viel bewegen und hat Zukunft!"

Die Aktionen sind auch ein hervorragender Auftakt gewesen, um das 25-jährige Bestehen unseres Verbands dieses Jahr gebührend zu feiern.

**Für die Bundesvertretung SI
Armin Kolb, Renate Radmacher
Sprecher/In von SI**

So der Titel des Livestream Tribunals, in dem 41 persönliche Stellungnahmen die reaktionäre Flüchtlingspolitik der EU verurteilt haben.

„Dieses Tribunal ist dringend nötig. Die unmenschliche Abschreckungsstrategie der EU ist verantwortlich für die Hölle von Kara Tepe und anderen Lagern an der europäischen Südgrenze.“ So Jean Ziegler, Berater des UNO-Menschenrechtsrates, Autor des Buches „Die Schande Europas“. Dieses Tribunal war ein Höhepunkt vieler Aktivitäten rund um den Prozess von Alassa Mfouapon gegen das Land Baden-Württemberg (siehe Artikel dazu). Die Zeugenaussagen kamen aus den Flüchtlingslagern Kara Tepe, Lesbos und aus Lipa, Bosnien und von vielen Flüchtlingen, die jetzt in Deutschland leben und aus verschiedenen Ländern geflohen sind, z. B. aus Ghana, Kamerun, Guinea. Es fand sich niemand, der die Flüchtlingspolitik der EU verteidigen wollte. „Ghana ist nicht sicher“ so

Tribunal 2.0: Jetzt reden wir entschlossen gegen die reaktionäre Flüchtlingspolitik!

die Bewertung zweier Flüchtlinge, die die Vertreibung, Diskriminierung und Massenmorde in ihrem Land eindrücklich schilderten. „Gut dass es mir noch eingefallen ist, durch das Badezimmer zu verschwinden.“ So ein Flüchtling, der dadurch einer unrechtmäßigen Abschiebung entkommen ist. Auf dem Podium diskutieren Flüchtlingssprecher unter anderem über eine zentrale Frage, ob es richtig ist, wenn sich Flüchtlinge aus Angst vor der Abschiebung aus dem Engagenment gegen dies reaktionäre Politik raushalten. Dazu Annie Sprecherin aus Baden-Württemberg sinngemäß: „Erinnert euch, was ihr

alles überstanden habt, ihr seit durch die Wüste gelaufen (...) Angst löst keine Probleme. (...) Ihr müsst euch erheben!“ Carola Rackete, schichte eine Video Botschaft und folgenden Gruß: „Staatliche Gewalt und Unterdrückung kann niemals toleriert werden. Ich stehe in Solidarität mit Alassa und anderen Flüchtlingen in ihrem Kampf um Gerechtigkeit und Würde.“ Einige Beiträge beschäftigten sich auch mit der Fluchtursache und begründet: „Warum die zentrale Fluchtursache das imperialistische Weltsystem heißt, das täglich neue Krisen schafft und Menschen in die Flucht zwingt.“ So Ulja Serway vom Internationalistischen Bündnis. Das alles sind nur kleinen Ausschnitte aus dem beeindruckendem fast vierstündigem Livestream, den man sich zu jeden Zeit anzuschauen kann. Eine investierte Zeit, die sich lohnt. Ein besonderer Höhepunkt und konsequente Schlussfolgerung des Tribunals war die Vorstellung des Antrags

Fortsetzung Seite 12 >>

auf Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Verantwortlichen der EU wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, durch die Anwaltskanzlei Meister und Partner (siehe Presseerklärung)

Hier die Links für alle, die sich den Livestream anschauen wollen:

Deutsche Version: <https://youtu.be/ThCYjeYer1I>

Englische Version: <https://www.youtube.com/watch?v=c2tqkpm7bv4>

Französisch: <https://www.youtube.com/watch?v=DVU2Bl2boZo&t=1764s>

Spendenaufwurf:

Für die Durchführung des Tribunals, Prozesskosten und den Aufbau des Freundeskreises sind Spenden nötig. Spenden über: Solidarität International e.V. IBAN: DE86 0000 6100 8005 84 Stichwort: Flüchtlingssolidarität

**Freundeskreis
Flüchtlingssolidarität in SI**



Auf dem Podium saßen Azumah und die Flüchtlingssprecherin des Freundeskreises SI Annie und der Rechtsanwalt Frank Jasenski, der Anwalt von Alassa Mfouapon. Moderiert wurde das Tribunal von Monika Gärtner-Engel Hauptkordinatorin der ICOR (Internationale Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen)

Wichtiger Erfolg im Prozess Alassa Mfouapon gegen das Land Baden-Württemberg!

Von Freundeskreis Flüchtlingssolidarität Süd

Schon im Vorfeld des Prozesses gab es ein lebhaftes Medieninteresse und zahlreiche Proteste gegen die Flüchtlingspolitik von Regierung und EU. (<https://freunde-fluechtlingssolidaritaet.org/presse/presse-echo>)

An vielen Orten – unter anderem Albstadt-Ebingen, Berlin, Düsseldorf, Duisburg, Ellwangen, Esslingen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Heilbronn, Herten, Kassel, Leipzig, München, Saarbrücken, Sindelfingen, Stuttgart, Tübingen, Ulm, Villingen und Waiblingen - fanden im Vorfeld Kundgebungen und Informationsstände statt. Sie wurden oft von SI organisiert, aber auch von verschiedenen anderen Organisationen unterstützt wie Courage, MLPD und REBELL. Sie

machten nicht nur den aktuellen Prozess und das am 20.2. geplante Tribunal 2.0 gegen die Flüchtlingspolitik der EU bekannt, sondern protestierten gegen die gesamte rassistische und inhumane Praxis im Umgang mit Flüchtlingen: menschenunwürdige und gesundheitsgefährdende Massencamps an der EU-Außengrenze, Abschiebungen und brutale Polizeigewalt gegenüber Flüchtlingen. Von Pushbacks im Mittelmeer bis zur Abschiebung von Kindern und Schwerkranken reicht die Anklage. Mehrere Flüchtlinge trugen sich in Stuttgart in die Mitmach-Liste ein: Nicht nur die Repression nimmt zu, sondern es wächst auch der Widerstand der Betroffenen, so zum Beispiel der Frauen in Bremen, die mit einer eindrücklichen Demo die Geburtsurkunden für ihre hier geborenen Kinder einforderten.

Am 18. Februar 2021 entschied das Verwaltungsgericht Stuttgart dass die Großrazzia im Mai 2018 in der Erstaufnahmeeinrichtung Ellwangen rechtswidrig war, ebenso wie einige der Umstände der Abschiebung von Alassa M. im Juni 2020. Dieses Urteil ist eine Ohrfeige für die grün-schwarze Landesregierung und ihren Innenminister Strobl, der 2018 mit großem Presseecho davon redete, man dulde keine „rechtsfreien Räume“ - womit der legale Protest der Flüchtlinge in die kriminelle Ecke gestellt werden sollte. Für Alassa M. und die Flüchtlingssprecher ein großer Erfolg, denn das Gericht hat ganz überwiegend seiner Klage recht gegeben. Es „hat festgestellt“ so sein Rechtsanwalt Frank Jasenski, „dass die Polizeimaßnahmen gegen Alassa im Zusammenhang mit dem Sturm der Polizei auf die LEA am 3. Mai 2018 rechtswidrig gewesen sind. Das Gericht



hat festgestellt, dass es rechtswidrig gewesen ist, dass die Polizei in sein Zimmer eingedrungen ist, seine Personalien festgestellt hat, ihn selbst und seine Sachen durchsucht hat und vor allem, dass sie ihn mit einem Kabelbinder gefesselt eineinhalb Stunden auf den Flur gesetzt hat. Das ist ein wichtiger Erfolg, umso wichtiger noch als das Maßnahmen waren, die eigentlich alle Bewohner der LEA damals betroffen haben. Allen ist dasselbe passiert, sodaß das Urteil zugleich bedeutet, dass das Gericht den gesamten Sturm der Polizei auf die LEA für rechtswidrig erklärt hat. (...) Das ist ein wichtiger Erfolg im Kampf um die Rechte der Geflüchteten und sollte macht uns Mut, und sollte auch vielen Geflüchteten Mut machen, sich gegen solche willkürlichen, überzogenen und völlig unverhältnismäßigen und damit rechtswidrigen Maßnahmen zur Wehr zu setzen.“

Nachträglich sind damit auch die Bewohner zu rehabilitieren, die bereits zu Strafen wegen „Widerstands“ verdonnert wurden – leider sind etliche von ihnen inzwischen bereits abgeschoben worden. Dass aber dieses Urteil formal nur für den Kläger gilt, hat mit dem deutschen Rechtssystem zu tun, das keine Sammelklagen oder „Verbandsklagen“ gegen Polizeigewalt möglich macht. In der Frage, ob für Flüchtlinge die Unverletzlichkeit der Wohnung nach

Artikel 13 Grundgesetz gilt, urteilte das Stuttgarter Gericht im Interesse der Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg: Es handle sich bei den Schlafzimmern in Geflüchteten-Unterkünften nicht um geschützte Wohnungen im Sinne des Grundgesetzes. Als Begründung stellte die Vertreterin des Landes sie mit Haftzellen ohne jegliche Privatsphäre gleich – damit wird die Verweigerung des grundgesetzlichen Schutzes auch noch mit den unmenschlichen Wohnbedingungen in den Camps gerechtfertigt! Rechtsanwalt Jasenski sagte dazu: „Hier werden wir den Kampf weiterführen um die Anerkennung der Zimmer von Geflüchteten auch in Gemeinschaftsunterkünften als geschützte Wohnungen im Sinne von Artikel 13 Grundgesetz.“

Die Verhandlung am 18. Februar dauerte 7 Stunden und wurde die ganze Zeit von zeitweilig bis zu 250 Personen mit Protestkundgebung und Demonstration begleitet. Die Parolen drangen bis in den Gerichtssaal und waren eine große Ermutigung! Ihren entschlossenen Charakter bekam die Kundgebung auch durch den kämpferischen Beitrag von Arbeitern aus Stuttgarter Betrieben, die damit den Kampf um Flüchtlingsrechte zu ihrer Sache machten.

Das Gericht wies den Antrag der

Rechtsanwälte ab, mehr Besuchern durch Videoübertragung in andere Räume die Möglichkeit zur Verfolgung des Prozesses zu geben, obwohl dies an diesem Gericht durchaus schon praktiziert worden war. Die wenigen zugelassenen Prozessbeobachter mussten sich körperliche Durchsuchung gefallen lassen und das Verbot der Mitnahme von eigenem Schreibwerkzeug

In der Verhandlung wurde offensichtlich, dass es sich bei der Razzia in Ellwangen um einen Racheakt und staatliche Machtdemonstration gehandelt hat, mit der der erfolgreiche Protest der Bewohner gegen eine Abschiebeaktion in der LEA Ellwangen abgestraft werden sollte. So wurde zum Beispiel die rechtliche Begründung erst nachträglich konstruiert, nachdem die Großrazzia bereits beschlossen war: Angeblich handele es sich bei der LEA um einen „gefährlichen Ort“. An dort vermuteten „Waffen zur Gefangenenbefreiung“ wurde aber überhaupt nichts gefunden!

Der Kampf muss weiter gehen – um menschenwürdige Wohnungen, gegen die unmenschliche Abschiebep Praxis, gegen katastrophale Zustände in Massencamps und gegen Pushbacks an Europas Grenzen!

Presseerklärung

Meister & Partner

Roland Meister, Frank Stierlin, Frank Jasenski, Peter Weispfenning, Yener Sözen, Peter Klusmann - Rechtsanwälte

Antrag auf Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bei Internationalem Strafgerichtshof (IStGH) gestellt:

Ursula von der Leyen, Angela Merkel und Emmanuel Macron müssen als Verantwortliche für die EU-Flüchtlingspolitik wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt und bestraft werden. Am 20. Februar 2021 hat das „Tribunal 2.0 - Jetzt reden wir: Entschlossen gegen die reaktionäre Flüchtlingspolitik der EU“ als online-Veranstaltung stattgefunden. Zahlreiche Zeugenaussagen von Geflüchteten berichteten von der menschenverachtenden, den Tod tausender im Mittelmeer sehenden Augen in Kauf nehmenden Flüchtlingspolitik der EU. Ebenso berichteten Menschen, die unter unwürdigsten Bedingungen in Internierungslagern der EU wie Moria/Kara Tepe leben müssen.

Neben zahlreichen Schlussfolgerungen über das gemeinsame organisierte Eintreten für die Rechte der Geflüchteten, deren Selbstorganisation oder der praktischen Flücht-

lingssolidarität befürworteten die Teilnehmer des Tribunals auch die Einleitung juristischer Schritte gegen die Verantwortlichen des Massensterbens im Mittelmeer. Unsere Kanzlei hat daher heute bei der Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag, Frau Fatou Ben Bensouda, einen Antrag auf Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Verantwortlichen der EU und ihrer Mitgliedstaaten wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit im Sinne von Art. 7 des IStGH-Statuts eingereicht. Der Antrag richtet sich gegen die Hauptverantwortlichen der reaktionären EU-Flüchtlingspolitik wie die Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen, Bundeskanzlerin Merkel, den französischen Präsidenten Macron oder den Leiter der EU-Grenzpolizei FRONTEX.

Im Antrag heißt es unter anderem: „Die Verantwortlichen in der EU und ihren Mitgliedstaaten, insbesondere den größten EU-Staaten wie Deutschland oder Frankreich, haben eine persönliche Verantwortung für diese

menschenverachtende Migrationspolitik. Diese muss als eine Politik der totalen Abschottung und Abschreckung gekennzeichnet werden, die unter anderem unter Verletzung der UN-Menschenrechtskonvention Tausende von Menschenleben fordert, unter Verletzung internationalen Völkerrechts mit Rücktransporten von Flüchtlingen illegale Zurückweisungen vornimmt und sie in Internierungslagern ähnlichen Einrichtungen menschenunwürdigen Lebensbedingungen aussetzt. (...) Die Vorgänge haben eine solche Schwere, dass ein Eingreifen des IStGH und von Ihnen als Chefanklägerin unbedingt gerechtfertigt ist. Ihr (der Verantwortlichen für die EU-Migrationspolitik; d. Verf.) Verhalten ist strafrechtlich relevant sie sollten letztlich bestraft und auch inhaftiert werden.“

Über den Fortgang des Verfahrens werden wir Sie informieren. Für weitere Auskünfte steht Ihnen unsere Kanzlei zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Frank Jasenski, Rechtsanwalt

7. März 2021

Fukushimatag

Zu etwa 500 Menschen waren wir dem jährlichen Aufruf des Fukushima-Bündnisses gefolgt und zum Atomkraftwerk Neckarwestheim gekommen, um – natürlich unter Einhaltung der Corona-Regeln – gegen die deutsche und internationale Atomenergiepolitik zu protestieren und um der Menschen zu gedenken, die durch die Reaktorkatastrophe von 2011 von Fukushima Daiichi zu Tode kamen.

Neckarwestheim Block 2 gehört zu den sechs Atomkraftwerken in Deutschland, die noch laufen, und deren Lauf-

zeit im Jahre 2010 bis 2022 verlängert wurde. Und das, obwohl in den Rohren der Dampferzeuger schon Anfang 2020 199 (einhundertneunundneunzig)! zum Teil tiefe Risse festgestellt wurden; inzwischen sind 400 Rohre betroffen. Armin Simon von der Initiative „Ausgestrahlt“ wies darauf hin, wie die irrsinnige Gefährlichkeit der Risse heruntergespielt wird: Der renommierte Reaktorsicherheitsexperte Dipl.-Ing. Dieter Majer sagte letzten Sommer, dass das Platzen nur eines Rohres bereits einen Störfall bis hin zur Kernschmelze auslösen könnte. Neckarwestheim muss sofort abgeschaltet werden!



Eine Energiewende wird immer dringender. Wenn wir die Erde lebenswert erhalten wollen, ist Energiesparen in großem Maße notwendig, also Einsparen von Individualreisen, von Flugreisen, von überflüssiger Produktion, etc. Aber keine Atomkraftwerke! Wir sind solidarisch mit dem Widerstand gegen Atomkraftwerke in der Welt.

Nganyi-Volksbildungszentrum im Kongo

Der Neubau des Gästehauses geht voran!

Unsere Partner im Kongo schreiben im Januar 2021:

"Danke für die für die Fortführung der Arbeiten auf der Baustelle in Tshibombo beschlossene Überweisung. Die Unterstützung des VFI war immer ein großer Beitrag für die Umsetzung unserer Projekte des Nganyi-Zentrums, wir sind Euch dafür sehr dankbar. Unsere Baustelle liegt ja bekanntlich in der Umgebung von Mbujimayi, einer Stadt in der abgeschotteten Zone der Region Kasai, wo die Versorgung mit Artikeln für den Grundbedarf, einschließlich Baumaterial, immer noch nicht gewährleistet ist. Zum Beispiel kostet ein 50-kg-Sack Zement, der anderswo wie in Europa, für etwa 4 \$ zu haben ist, in Kinshasa zwischen 10 und 13 \$, und in Mbujimayi zwischen 28 und 30 \$. In Mbujimayi so mit den begrenzten Mitteln zu bauen, wie wir das tun, erfordert viel Detailkenntnis. Die Beobachter vor Ort anerkennen einen schöpferischen Geist sowohl in der Wahl des Materials als auch in der möglichen Minimierung der Kosten. Die verbleibenden Bauphasen stehen



Das Ensemble der drei Module
Versammlungssaal, Verwaltungs- und Lagerhaus, Gästehaus

im Wesentlichen in Verbindung mit der Fertigstellung und Endbearbeitung. Da sind die Arbeiten teuer, ohne dass das auf den ersten Blick auffällt. Seit wir die Maurer- und Schreinerarbeiten beendet haben, haben wir sofort den 60 m langen Leichtbetongürtel rund um den Bau gezogen, um ihn vor Regenwasser zu schützen, sowie einen Gürtel von über 100 m im Innern, um gegen die Feuchtigkeit zu kämpfen. Dann haben wir in allen zehn Räumen und im ganzen Flur die Fußböden aus Naturstein fertiggestellt. Wir müssen noch einige Räume bauen für Toilette und Duschen sowie

eine Terrasse, dazu noch alle inneren und äußeren Türen, Fenster und Decken einfügen, bevor die Herberge wirklich benutzbar wird.

Unser Vorgehen war so, dass wir zu Anfang kein Budget mit einer Gesamtsumme festlegten – das hätte uns abgeschreckt, die Arbeiten überhaupt zu beginnen. (...) Wir entwickeln und passen unsere Vorgehensweise in dem Maße an, wie wir Unterstützung von verschiedenen Partnern erhalten. Wesentlich ist letztlich, zum Ziel zu kommen und ein funktionierendes Ganzes zu schaffen."

Das Manoik-Projekt mit der Partnerorganisation Union des Paysans Producteurs (UPP) ist ein Projekt, um Organisationen der fortschrittlichen Bewegungen zu stärken und den Zusammenschluss der Kleinbauern zu fördern. Maniok ist ein preiswertes und auch gesundes Grundnahrungsmittel für die Massen. Das Projekt positioniert sich gegen die Verarmung der Kleinbauern durch Nahrungsmittelimporte und stärkt die Einzelnen in der Gemeinschaft der Kooperative. Es gibt Frauen und der Jugend eine selbständige Erwerbsgrundlage.

Die Hälfte der Einwohner der Elfenbeinküste lebt von Landwirtschaft und Viehzucht. Anbau und Export von Produkten wie Kakao, Kaffee, Öl, Mango und Cashew kommt auslän-

Zukunftsprojekt Elfenbeinküste

Maniok-Anbau für eine Perspektive

dischen Konzernen und einer kleinen Schicht der einheimischen Unternehmer zugute. Nach offiziellen Angaben zählt die Elfenbeinküste zu den wohlhabenderen Ländern in Westafrika. Dass die Masse der Kakaobauern hungern, dass Kinder von klein auf mitarbeiten müssen, damit die Familien über die Runden kommen – das wird geflissentlich ausgeblen-

det. Durch die Abholzung großer Waldflächen und Mangrovenwälder für diese Monokulturen gibt es oft Überflutungen und ganze Landstriche versteppen. Die Folge sind Ernteausfälle für die Kleinbauern und beim Eigenanbau zum Überleben für die Plantagenarbeiter. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Selbstjustiz sind verbreitet. Die Pressefreiheit ist eingeschränkt. Gewalt ist für viele Mädchen und Frauen Alltag. Gerade gegen diese Übergriffe, politische Rechtlosigkeit und Unterdrückung darüber zu berichten ist der Zusammenschluss der Landarbeiter notwendig.

Bei der Regionalgruppe Bochum kann einen Powerpoint-Vortrag angefragt werden. Die Flyer sind im SI-Büro erhältlich. Macht mit, dass wir die 5000 Euro als erstes Ziel erreichen!



Initiative »Medizin für Rojava«

Arbeitsgruppe von »Solidarität International e.V.«
www.medizin-für-rojava.org

Liebe FreundInnen und Förderer von »Medizin für Rojava«

Wie ein Leuchtturm mitten in einer von barbarischen Kriegen traumatisierten Region steht »Rojava« für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Es beeindruckt, wie Kobanê aus der Trümmerlandschaft von 2015 nach dem Sieg über den IS-Terror wieder auferstanden ist. »Das ist uns nur mit Hilfe der internationalen Unterstützung gelungen«, so ein Freund aus Kobanê zu »Medizin für Rojava«. Unter ihrer Selbstverwaltung wurde die Infrastruktur vollständig wiederaufgebaut.



Blick zurück – Rakka nach der Befreiung vom IS
(Foto: G. Trabert)

Zur Lage in verschiedenen Städten

Auch in anderen Städten wie Manbij, Rakka (der früheren Zentrale des IS) und in Deir ez-Zor im Osten Nordsyriens hat sich die Lage verbessert. Wirtschaft, Gesundheitsversorgung und kommunale Selbstorganisation funktionieren – auch in Gebieten und Städten mit ganz oder überwiegend arabischer Bevölkerung.

Nach dem letzten Überfall der türkischen Armee in Serekaniye und anderen kurdischen Städten mussten ca. 100.000 Menschen flüchten. Die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge sind trotz großer Anstrengungen der Selbstverwaltung schwierig. Auch die Verkehrsverbindungen zwischen den Städten sind problematisch, weil die Türkei immer wieder versucht, sie zu unterbinden.

Unverändert katastrophal und sehr traurig ist die Situation der kurdischen und ezidischen Bevölkerung im Kanton Afrin. Dieser steht unter türkischer Besatzungsverwaltung. Die dort lebenden Einheimischen können nur durch Schutzzahlungen ihr Leben sichern. Die türkischen und fundamentalistisch-terroristischen Besatzer haben ihnen alles geraubt, auch ihre Olivenhaine. Noch schlimmer ist die Situation der ca. 200.000 Geflüchteten aus Afrin. 120.000 von ihnen leben in einem großen Lager bei Sheba, eingekesselt wie in einem Gefängnis, umgeben von Assad und türkisch-besetzten Gebieten. Früher lebten in Afrin Hunderttausende Menschen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Zugehörigkeit friedlich zusammen. Wir fragen: Wo bleiben die Proteste der »westlichen Wertegemeinschaft« gegen die völkerrechtswidrige Eroberungspolitik der türkischen Regierung? Diese hat in Afrin begonnen und setzt sich aktuell in den Kurdengebieten im Nord-Irak fort.



Öffentliche Bilderausstellung und Leben in den Straßen Kobanê

Es gibt saubere Straßen, Schulen, Fachhochschulen, Kindergärten, eine kostenlose öffentliche Gesundheitsversorgung. Fast alle Menschen haben Arbeit, weil sie allseitig einbezogen werden in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Arbeit. »Auch wenn die Arbeit von zwei Leuten erledigt werden könnte, werden zwei weitere eingestellt, um sie auszubilden.

Obwohl viele Angst haben vor erneuten Angriffen des türkischen Militärs, gibt es ein solidarisches Klima. Es wird auch viel gelacht im Alltag und bei der Arbeit«, berichten unsere kurdischen Freunde. Die Versorgungslage ist ungleich besser als in den vom Assad-Regime beherrschten Gebieten Syriens. In denen herrscht bittere Armut, Verzweiflung und Korruption. Nur acht Dollar pro Monat verdient ein Assistenzarzt in einem Krankenhaus in Damaskus. Das reicht gerade für seine Mundschutzmasken, die er selbst finanzieren muss.

Kobanê hat eine gut funktionierende Gesundheitsversorgung

Uns wird berichtet, dass das Gesundheitssystem in Kobanê inzwischen sehr gut funktioniert. Alle Menschen haben Zugang zu einer kostenlosen medizinischen Versorgung. Die von Prof. Gerhard Trabert und dem »Armut

und Gesundheit e.V.« aufgebaute diabetische Fußambulanz betreut inzwischen ca. 1.300 Diabetes-Patienten – regelmäßig und kostenlos.

Die Covid-Erkrankungen sind zurückgegangen. In jeder Stadt von Rojava gibt es ein junges »Corona-Team«, das über Covid-19 aufklärt und auch Therapien einschließlich Sauerstoffvergabe durchführen kann. PCR-Tests müssen bislang ins Labor nach Qamislu geschickt werden.

ICOR-Geburtszentrum – schon 22.459 Babys geboren!

Das ICOR-Geburtszentrum von Kobanê – ein Leuchtturmprojekt internationaler Solidarität. Errichtet wurde es von 177 Brigadisten aus zehn Ländern, gemeinsam mit Bauarbeitern aus Kobanê. Hier arbeiten heute 83 Menschen – Ärzte, Kinderärzte, Hebammen, Krankenschwestern und Techniker. 22.459 Babys wurden bisher dort geboren – 6.318 davon mit Kaiserschnitt. Außerdem wurden dort 1.573 gynäkologische Operationen durchgeführt.

Einen herzlichen Glückwunsch an das erfolgreich und engagiert arbeitende Team!

Auch im Jahr 2020 hat »Medizin für Rojava« mit 10.000 Euro Spenden den laufenden Betrieb mitfinanziert. Die Gelder wurden von der Gesundheitsbehörde in Kobanê quittiert und zweckgebunden eingesetzt. Jedes Jahr wird ein Geburtstagsfest gefeiert wo den Brigadisten

und »Medizin für Rojava« gedankt wird. Die herzlichen Dankesgrüße an »Medizin für Rojava« geben wir gerne an alle unsere Unterstützer der letzten Jahre weiter!



Spenden trotz US-Unterdrückung

Im letzten INFO hatten wir berichtet, dass unser Spendenportal »betterplace« die Sammlung von Geldern für Rojava durch den US-Finanzdienstleister Stripe hat stoppen müssen. Stripes unverschämte Begründung: Rojava sei als Teil von Syrien auch als »Terrorstaat« zu sanktionieren! Es hagelte Proteste!

Spenden können weiterhin über betterplace von einem Bankkonto getätigt werden, nur nicht per visa oder paypal. Darüber hinaus können Spenden auf das Konto von »Solidarität International e.V.« (s. u.) überwiesen werden.

Allen Sponsoren und Aktivisten von »Medizin für Rojava« und von »Solidarität International e.V.« sei für ihr Engagement gedankt! Wir freuen uns, wenn unser INFO an Ihre Freunde, Familie und KollegInnen weitergeleitet wird. Wir freuen uns immer über Ihre Rückmeldungen, Berichte und Anregungen!

Allen unseren kurdischen FreundInnen senden wir herzliche, solidarische Grüße und Wünsche zum Newroz-Neujahrsfest!

**Alles Gute – und bleiben Sie gesund!
Im Namen des Sprecherteams
Willi Mast**



Kobanê - Straßen und Boulevards werden gebaut

Spendenkonto: »Solidarität International e.V.«
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84 (Frankfurter Volksbank)
Stichwort: »Medizin für Rojava«
Oder spenden Sie online auf:
<https://www.betterplace.org/p35750>

Jeder Cent kommt ohne Abstriche dem Spendenzweck zugute. Bei Adressangabe erhalten Spender eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt zugeschickt.

V.i.S.d.P und Kontakt: Dr. Willi Mast
Schulz-Briesen-Str. 3, 45884 Gelsenkirchen
Tel.: 0209-139848,
E-Mail: willi-mast@arcor.de

Korrespondenz (Berlin)

Indonesien

Anhaltender Regen in den Indonesischen Städten Jakarta und Semarang haben die Straßen im Februar in Flüsse verwandelt. Bis zu 2,5 Metern standen Stadtteile unter Wasser. Hier in dem Film eine der zentralen Straßen in Semarang.

Die Ursache ist die globale Umweltkatastrophe, die zu einer Veränderung des lokalen Klimas geführt hat mit monatelang wiederkehrenden sintflutartigen Regenfällen. Der indische Ozean ist um 2 bis 3 Grad wärmer als normal, so verdunsten riesige Wassermassen. Die Folgen in der gesamten Region bis Indien und v.a. Bangladesh sind drastisch.

Die Regierung tut nichts. Ihr Ziel ist die Förderung der Konzerne und Investoren. Ihr erklärtes Ziel ist der Aufstieg Indonesiens vom aktuell 16. Platz der führenden Weltmächte auf Platz 4. Mit Infrastrukturprojekten wird das ganze Inselreich auf den Kopf gestellt. Mit dem neuen "Omnibus" Gesetz zur Deruglierung der Arbeitsbedingungen, wurden zig tausende Arbeiter entlassen und

oft zu tariflosen Bedingungen mit kurzen Zeitverträgen wieder eingestellt. Außerdem wurden mit dem "Omnibus" Gesetz viele eh schon kaum vorhandene Umweltschutzstandards abgeschafft um Investoren zu ködern. Um Profite aus regionalen Recourcen zu machen verbrennen sie auch immer mehr einheimische Kohle und zerstören den Urwald für Palmölplantagen, Kohlegruben und Bergbauprojekte. So ist der Anteil der Kohle in der Energieproduktion Indonesiens von 2015 bis 2020 von 27,9 auf 38,7 % gestiegen und zusammen mit der Brandrodung der Regenwälder Indonesien einer der größten CO² Produzenten der Welt. Und das in einem Land, das sich vor ganzjähriger Sonnenernergie im Überfluss kaum retten kann.

Die schweren Auswirkungen der Überflutung sind auch gleichzeitig eine Folge der Versiegelung der Flächen und des Absinkens der Megastädte. So sind Stadtteile von Jakarta in einem Jahr um 25 cm abgesunken und viele schon unter den Meeresspiegel. Das ist v. a. eine Folge

der Entnahme von Grundwasser und Überbelastung der Böden durch riesige Wolkenkratzer und Bauprojekte. Die Katastrophe trifft v. a. die Ärmsten in den 100.000 einfachen Hütten. In Folge von Corona-lockdown waren schon Millionen zuvor ohne Einkommen und jetzt seit Anfang 2021 von immer neuen Überflutungen und Erdbeben betroffen.

Die Menschen schließen sich zusammen in verschiedenen Organisationen und Projekten. So auch rund um die Partnerorganisationen von SI. Gemeinsam mit ihnen organisiert SI sein "Foodsharing Projekt" als Projekt der Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstorganisation.

Darum noch einmal die Bitte: Spendet unter dem Stichwort: "Foodsharing Indonesien".

Kultur aus Indonesien: "Bongkar" das Lied von Iwan Fals in Deutsch auf youtube: "Trendmusik52". Oder weitere tolle Lieder der Bewegung "Orang indonesia" unter dem Suchbegriff "Iwan Fals"

Zum 5. Mal organisierten wir am Samstag 06.03.21 die bewährte Aktion „Tausche Rose gegen Spende“ anlässlich des Internationalen Frauentags, diesmal für die Gewerkschafterinnen in der Textilindustrie in Bangladesch. Bei ziemlich frischer Temperatur zeigte sich die SI Ortsgruppe mit erfreulich guter Besetzung wieder in der Öffentlichkeit und wir erhielten viel Zuspruch.

Aussagen wie „Es ist gut, was ihr da macht“ oder „gut, dass sich da jemand um das Thema kümmert“ waren öfters zu hören.

Schwäbisch Hall

Tausche Rose gegen Spende

—

5.0 Die Erfolgsstory geht weiter!

Auch diesmal wurde die Aktion im Haller Tagblatt angekündigt. Und das wird auch registriert von den Menschen, denn einige kamen daraufhin gezielt zu uns. Innerhalb von gut zwei Stunden konnten wir 418,43 € an Spenden sammeln. Das war jetzt doppelt so viel wie beim letzten Frauentag. Einige interessierten sich für die Mitgliedschaft in SI. Vielleicht wird was draus. Am 8. Mai kommen wir wieder. Da sind in vielen Städten Infostände geplant anlässlich des 25-Jährigen Bestehens von SI. Alle 70 Rosen, die wir zum Einkaufspreis bekommen hatten, waren restlos ausverkauft.

Spenden Sie für den Solidaritätspakt zwischen Marikana Deutschland und Marikana Südafrika

Jeder Cent kommt an!

**Deutsch-Südafrikanische
Freundschaftsgesellschaft**

Sparkasse Hannover
IBAN: DE 85 2505 0180 0910 385475

Oder - für Spendenbescheinigung -
an unsere Dachorganisation

Solidarität International

Stichwort: „Solidaritätspakt Marikana“

Frankfurter Volksbank
IBAN: DE 86 5019 0000 6100 8005 84

V.i.S.d.P.: Irene Nierstenhöfer, Auf der Altstätte 1c, 44369 Dortmund
Mail: deutsch-suedafrikanische-freundschaft@gmx.de

**Deutsch-Südafrikanische-
Freundschaftsgesellschaft-
Marikana**



Solidarität als Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstbefreiung!

**Unterstützen Sie mit einer Spende
die MARIKANA Gruppen in Smiling Valley
und in East London / Eastern Cape / Südafrika!**

- Hinter dem schönen Namen vom „Lächelnden Tal“ steckt eine Armensiedlung auf besetztem Land in der Nähe von East London am Eastern Cape, Südafrika. Hier haben sich Wohnungssuchende und die, für die das Leben im Township Mdantsane zu teuer ist, ihre Häuser gebaut. Die Bewohner sind in einem Stadtteilkomitee organisiert, in dem auch Marikana mitarbeitet. Das Komitee führt den Kampf der Bewohner um Elektrizität, Wasser und Toiletten gegen die Politik der Stadtverwaltung und gegen die Abwälzung der Krisenlasten durch die ANC Regierung.
- In der Marikana Gruppe in East London sind viele Migranten aus afrikanischen Ländern. Sie kämpfen gegen den Hunger und für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, z.B. für die Zahlung einer Sozialhilfe, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.
- Die Corona Pandemie hat die Situation auch in Südafrika dramatisch verschärft. Die Gesundheitsversorgung für die Armen ist zusammengebrochen. Unsere Spenden fördern den Zusammenschluss der Menschen und ihren selbstorganisierten Kampf um ein menschenwürdiges Leben.

Brief an Euch

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

wir hoffen, Ihr seid gesund und guter Dinge. Einige Infos aus Südafrika für Euch:

Die Vorstandsmitglieder der Südafrikanisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft, unsere Freundinnen Gloria, Nobantu und Ivy haben jede Familienmitglieder durch Covid verloren.

Wir haben ihnen im Namen des Vereins unsere herzliche Anteilnahme ausgesprochen. Die Situation der Massen in Südafrika ist sehr schwer. Das Land hat die meisten Krankheitsfälle und Toten (über 46.000) auf dem Kontinent. In dem halbherzigen Lockdown „Level 3“ werden die Bestimmungen jetzt sogar noch gelockert, z. B. werden die Strände und Parks geöffnet und der Verkauf von Alkohol wieder erlaubt. Präsident Ramaphosa begründet das mit den fallenden Krankheitszahlen. Der Druck auf die Krankenhäuser habe deutlich nachgelassen. Das kann nicht stimmen, weil die Proteste der Ärzte und Pfleger wegen Überlastung nicht abreißen!

Unsere Freundin Gloria sagt „so viele sterben, aber es wird nicht getestet. Sollte man das Glück haben, doch getestet zu werden, kriegt man kein Ergebnis. Die Armen und die Landbevölkerung leiden am meisten.“ Nun reiste der Präsident eigens zum Flughafen, um die Ankunft der ersten eine Million Impfdosen von Astra Zeneca zu begrüßen. Zuerst werden die Krankenhausbeschäftigten geimpft, dann die „systemrelevanten“ Beschäftigten, wie Lehrer, Polizei (!!!) und Soldaten (!!!). Alte Menschen kommen als letzte dran. Nun kommt die beunruhigende Nachricht, dass die Wirksamkeit dieses Impfstoffs gegen die südafrikanische Virusvariante vermindert sei!

Das Land steckt in einer tiefen Krise. Die reale Arbeitslosigkeit betrug im 3. Quartal 2020 43 %! Nach der Insolvenz der Fluggesellschaft South African Airways gibt es eine neue Pleite im

Transportwesen, die das ganze Land erschüttert, nämlich die Ankündigung der Schließung von Greyhound und Putco Mitte Februar. Man kann sich den Fernverkehr gar nicht vorstellen ohne die Überlandbusse von Greyhound. Man nimmt den Greyhound, wenn man nicht fliegen und weite Strecken sicher reisen will, auch bis nach Zimbabwe oder nach Mocambique (Der Personenzugverkehr spielt in Südafrika nicht so eine große Rolle, abgesehen von touristischen Luxuszügen und dem Zugverkehr in den Ballungsräumen.) Unitrans – Eigentümer von Greyhound - beschäftigt 3000 Menschen.

693 Mitarbeiter werden von der Schließung betroffen sein. Ein weiteres Busunternehmen, Putco, entlässt



Leute stehen an für Covid Hilfe in Mdantsane

Dann wollen wir Euch informieren, dass unsere Dachorganisation „Solidarität International“ dazu aufruft, den Prozeß von Alassa Mfouapon gegen das Land Baden Württemberg am 18.2.21 bekannt zu machen und Alassa zu unterstützen. Alassa ist ein Flüchtling aus Kamerun, der nach einem brutalen Polizeieinsatz nach Italien abgeschoben worden war, nachdem er einen friedlichen Protest der Bewohner der LEA Ellwangen mit organisiert hatte. Wir sollten den mutigen Kampf von Alassa unterstützen, denn auch unser Verein kämpft gegen die reaktionäre Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Mit unserem Solidaritätspakt kämpfen wir auch gegen die Fluchtursachen. Überlegt, ob Ihr an Euren Orten kleine „corona-gerechte“ Aktionen durchführen und die Presse informieren könnt!

noch mal 214 Mitarbeiter. Vom Lohn eines Arbeiters leben 5 bis 6 Familienmitglieder, denn, wie Ihr wisst, gibt es keine Sozialhilfe für arbeitsfähige Menschen zwischen 15 und 59 Jahren. Und die mickrige Corona Beihilfe von 20 € pro Monat haben viele Tausende bis heute nicht erhalten.

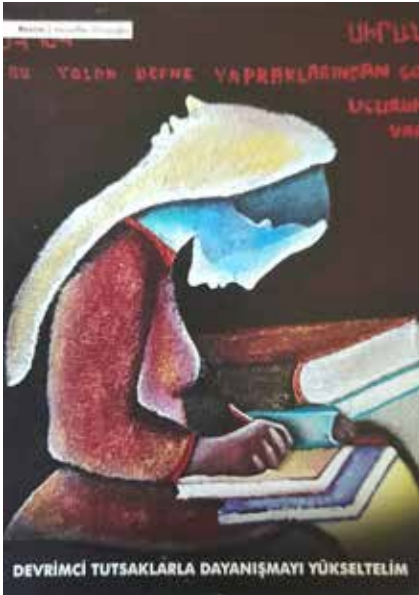
In Mdantsane, dem Township bei East London, benutzte die Polizei Pfefferspray, um die Wartenden auseinander zu treiben, woanders Wasserwerfer. Das macht auch die Vereinsarbeit für unsere Partner schwer. In der Regel fehlt sogar das Geld für „airtime“, also das Datenvolumen, um sich gegenseitig anzurufen. Ganz zu schweigen von dem fehlenden Strom in Smiling Valley.

So weit für heute, liebe Mitglieder. Im Anhang findet Ihr einen Werbeflyer für Eure Solidaritätsarbeit. Ihr könnt ihn in DIN A4 oder 5 schwarz-weiß oder farbig ausdrucken.

P.S.: Wir haben eine Möglichkeit gefunden, wie es Spendenbescheinigungen fürs Finanzamt für unseren Solidaritätspakt gibt. Falls Ihr eine solche Bescheinigung braucht, überweist bitte an Solidarität International, Stichwort „Solidaritätspakt Marikana“. Die Einzelheiten sind alle auf dem Flyer in der Anlage. Denkt auch an Euren Mitgliedsbeitrag 2021!

**Herzlichst
Euer Marikana Vorstand**

Unterstützt die Solidarität mit den politischen Gefangenen. Aufruf der Solidaritätskomitees der ADHK zu ihren Initiativen am 18. März



Unsere Arbeit befasst sich mit den Aufgaben wie Brieffreundschaften oder auch finanzieller Solidarität. Die Menschenrechtsvereinigung in der Türkei gab die Zahl der durch Folter im Jahre 2020 ermordeten Gefangenen mit 49 an. Während wir auf der Straße und mit verschiedenen Aktionsformen für eine Welt jenseits des

Kapitalismus kämpfen, ist es selbstverständlich, jenen eine Stimme zu verleihen, die für diesen revolutionären Kampf im Gefängnis sitzen."

Auf ihrer Website veröffentlicht ADHK Erfahrungsberichte und Briefe, damit die Stimme der Gefangenen von mehr Menschen gehört wird. Das Internationalistische Bündnis unterstützt die Initiative, selbst Briefe (übersetzte Briefe) an die Gefangenen zu senden und diese mit ADHK zu teilen.

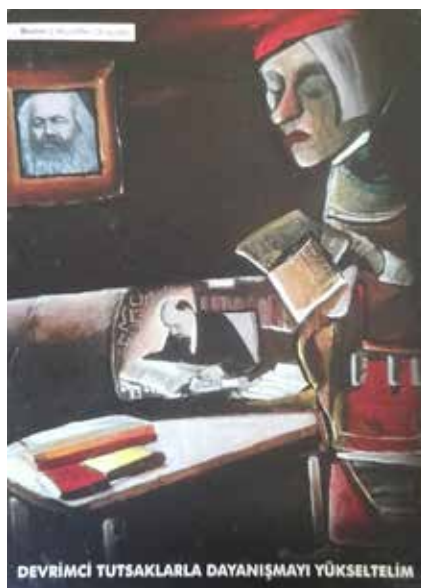
Seit Jahren beschäftigt sich das Solidaritätskomitee der ADHK (Konföderation für demokratische Rechte) mit revolutionären Gefangenen. Sie verstehen sich als Stimme der Gefangenen, beschäftigen sich mit ihren Problemen in den Gefängnissen und setzen sich für ihre Bedürfnisse ein.



Für die finanzielle Unterstützung der Bedürfnisse der Gefangenen hat ADHK Solidaritätspostkarten mit vier Motiven zu einem Solidaritätspreis drucken lassen. Diese Einnahmen kommen den Bedürfnissen der Gefangenen zugute. Um die Kampagne zu unterstützen, können sie einzeln oder als Paket erworben werden.

Sie sind zu beziehen zu einem Solidaritätspreis von 10 Euro je Karte unter: tuelay.atak@gmx.de

„Mit unseren Aktivitäten wollen wir ihnen eine Stimme jenseits der Mauern verleihen und somit dazu beitragen, dass sie nicht vergessen werden. Derzeit sitzen in den türkischen Gefängnissen mehr als zehntausende Gefangene, 457 davon unter sehr schweren Bedingungen und 1334 davon sind schwer krank. Diese Zahlen sind vom faschistischen türkischen Staat veröffentlicht worden, weshalb vermutet wird, dass die realen Zahlen viel höher sind. Zudem sitzen 780 Kinder zwischen 0 und 6 Jahren mit ihren Müttern in den türkischen Gefängnissen.



Brief von Sadiye Manap, seit 28 Jahren inhaftiert in der Vollzugsanstalt Gebze Frauengefängnis nach Berlin

(gekürzt)

Merhaba liebe Susanne,

ich grüße dich innigst mit Liebe, umarme dich, deine Karte haben wir bekommen, das war wirklich eine Überraschung. Vielen Dank für diese schöne Überraschung. Wir hatten genau das Bedürfnis danach, nach einem Besuch, der so schöne Gefühle hervorruft. (...)

Wir kennen die Freundin Gül seit langen Jahren. Wenn wir mal eine Adresse nicht finden können, oder eine Übersetzung brauchen, fragen wir die liebe Gül um Hilfe. Es gibt viele Menschen wie mich, die sich mit ihr schreiben. Natürlich macht sie auch solche Überraschungen wie du. Wenn wir ihr schreiben, können wir mit ihr unsere Sorgen und Nöte teilen und sie hat unsere Briefe zu einem Buch gemacht. Sie hat mir auch eins geschickt.

Am 27. November 2020 wurden unsere Zellen durchsucht. Sie sagten es gäbe einen Gerichtsbeschluss, taten all unsere Sachen in Müllbeutel und brachten sie weg. In diese Müllbeutel taten sie vor allem unsere über Jahre hinweg erstellten Schreibarbeiten und brachten sie weg. Ich wollte das dem Internationalen Schriftsteller-Verband mitteilen. Weil in den weggebrachten Sachen auch unsere Adressbücher waren, hatten wir auch die vom PEN-Zentrum nicht mehr. Deshalb habe ich es an Gül geschickt. Aber die Gefängnisleitung hat den Brief beschlagnahmt. Sie sagen, ich hätte „Lügen und falsche Sachen“ geschrieben und haben ein Ermittlungsverfahren gegen mich eingeleitet. Ich habe gegen das Ermittlungsverfahren Widerspruch eingelegt und ich werde bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gehen, um mein Recht zu bekommen. Auch Gül's Brief haben sie (unleserlich) gemacht

Gegen einen Bekannten wurde eine Strafe von 3 Millionen für die Verletzung der Corona-Regeln verhängt. Gleichzeitig kamen sie (zur Durchsuchung) ohne Visier in unsere Zellen, mit den Schuhen, mit denen sie im gesamten Gefängnis herumlaufen, mit denselben Handschuhen durchsuchten sie den Müll, das Essen, unsere Kleidung und uns. So strange ist die Situation!

Die Arbeit von 28 Jahren war hier bei mir in der Zelle

Bei dieser Durchsuchung haben sie alles – und ich übertreibe nicht – weggetragen. Briefpapier, Karten, ob beschrieben oder nicht – alles haben sie weggebracht. Ich kann nicht alles aufschreiben, aber was mir einfällt, möchte ich mitteilen. Und wenn du bedenkst, dass jede dieser fünfzig Frauen solch eine Liste vorzuweisen hat, kannst du dir die Situation annähernd vorstellen:

Leere Hefte und Blöcke, die ich nicht alle aufzählen kann, Karten, Umschläge, Adressbücher, Tagebuch mit persönlichen Erinnerungen, Gedichts-Hefte, meine Sagen-Schreibarbeit- die Arbeit von 50 Liedern, Text und Musik, Geschichten-Hefte, Zusammenstellung verschiedener Märchen, Übersetzungsarbeiten, Arbeitshefte zu Fremdsprachen, Heft mit von mir geschriebenen Artikeln, Forschungsschriften, Hefte mit Notizen zu Büchern, die ich gelesen habe, Erinnerungs- und Romanarbeiten, meine Briefe, Fotos mit Alben, ein kleines Radio, das ich hier in der Kantine gekauft habe, Bağlama Kapodaster, Heft mit Notizen über mir teure Briefe, die ich verloren habe

Weil ich das meiner Freundin mitteilen wollte, haben sie den Brief auch an sich genommen. (...) weil ich weiß welche Schmerzen und Schwierigkeiten mein Volk draußen erlebt, leiste ich motiviert Widerstand. Und ich werde immer weiter Widerstand leisten, denn ich weiß Widerstand heißt leben.

Ich möchte mich noch einmal für dein Interesse und deine Sensibilität bedanken. Richte deiner Mutter und den Freundinnen bitte viele Grüße aus.

in Liebe Şadiye Manap
12.12.2020

Info zur Kartenaktion

Im Moment richten wir unsere Grüße vor allem an sechs Frauen, an Sadiye, Selver, Tenzile, Nudem, Gülazer und Beritan. Da wir die Grüße auf jeden Fall ins Türkische übersetzen müssen, schreibt bitte auf doppelseitigen Faltkarten oder lasst auf eurer Karte für die Übersetzung genügend Platz. Wichtig ist auch ein Umschlag mit ganz klar leserlichem Absender.

Ihr könnt eure Karten an
Gül Güzel,
Allmandweg 6,
71688 Remseck
schicken.

Infos auch bei der OG Stuttgart



Kundgebung in Berlin Moabit zum internationalen Frauentag

Annähernd 200 Frauen und Männer nahmen teil, darunter auch der Korea Verband aus Berlin mit seiner Arbeitsgruppe „Trostrfrauen“

Sie kämpfen und trommeln für die Anerkennung der Schuld und Kriegsverbrechen Japans im zweiten Weltkrieg. tausende koreanische Frauen, aber auch in anderen okkupierten Ländern, wie den Philippinen, Indonesien usw. wurden als Zwangsprostituierte in die Bordelle der japanischen Armee gezwungen und missbraucht. Der Korea Verband hatte, mit Zustimmung des Bezirksamts Mitte, im September 2020 in Berlin Moabit dieses Mahnmal der „Trostrfrauen“ des Künstlerpaares Kim Eun-sung und Kim Seo-kyung aufgestellt. Der japanische Kabinettssekretär und Regierungssprecher Katsunobu Kato kündigte daraufhin am 29. September 2020 an, gegen

die Aufstellung vorzugehen und diese Statue entfernen zu lassen. Am 8. Oktober 2020 widerrief daraufhin das Bezirksamt Mitte, auch auf Drängen des deutschen Außenministers Heiko Maas, die Genehmigung mit der unverfälschten Begründung, dass die Statue Hass befördere und nicht mit den Werten der Versöhnung übereinstimme. Da fragt man sich welche Versöhnung? Mit dem faschistischen japanischen Regime und seiner Kolonialpolitik schon lange vor dem 2. Weltkrieg, einschließlich seiner Achse mit dem Hitlerfaschismus, kann es die nie geben. Auch nicht mit der japanischen Regierung, die diese Verbrechen bis heute leugnet. Welche Wahrheit soll hier unterdrückt werden, etwa auch die Tatsache, dass Massenvergewaltigungen und Tötungen bis heute systematischer Bestandteil aller Kriege sind, auch derer mit aktuel-



ler deutschen Beteiligung? Die koreanischen Frauen betonen, dass das Monument zugleich ein allgemeines Symbol gegen sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen sein soll. Durch anhaltende Protestaktionen wurde der Abriss vorerst verschoben. Internationale Solidarität, gerade auch am internationalen Frauentag, das ist die richtige Antwort! Mit vielen anderen fordert SI Berlin: die Statue muss dauerhaft bleiben!

Auch bei Corona-Lockdown lässt sich was machen

Ich hatte schon lange hin und her überlegt, ob und wie ich unser Kunsthandwerk aus Peru in der Vorweihnachtszeit irgendwo anbieten könnte. Da erzählte mir eines Tages meine Freundin Ellen, die auch SI-Mitglied ist, von ihrer Idee, im benachbarten Hotel „Kronprinz“ an den Advents-Wochenenden eine Weihnachtsmarktstraße mit ihren selbstgebastelten Weihnachtsdekos durchzuführen. Das Hotel bot an diesen Wochenenden nämlich gebratene Ente und geräucherte Forelle zum Mitnehmen an und es war zu erwarten, dass doch ziemlich viele Leute kämen. Also: Diese Gelegenheit beim Schopf packen – so dachte ich mir. Fragen kostet ja nichts. (...) Ganz vorsichtig fragte ich also, ob Ellen sich vorstellen könne, dort auch ein bisschen Kunsthandwerk von Peru mit anzubieten – darunter bunte große Wolltücher, Handschuhe, Kin-

derjacken aus Alpakawolle, Mützen etc. – alles was in die kalte Jahreszeit passt.

Ellen war gleich dazu bereit, aber packte erst mal relativ wenige Sachen ein, weil sie sich nicht sicher war, ob die Leute sich wirklich dafür interessieren würden. Liebevoll dekoriert (dafür hat sie wirklich ein Händchen!) lagen dann diese schönen Sachen auf Tischen und Sesseln im Hotel. Die Leute, die sich etwas von den Köstlichkeiten, die das Hotel zu Essen anbot, abholen kamen, mussten quasi die gesamte relativ lange Strecke der Weihnachtsmarktstraße in den Hotelräumen vorbei defilieren. Dabei hatten sie viel Zeit sich alles in Ruhe anzuschauen. Eben auch die peruanischen Sachen. Schon am 1. Adventswochenende wurde etliches verkauft und Ellen freute sich über jeden Euro, den sie für Peru

einnahm. Ganz begeistert kam sie danach zu mir und berichtete über das starke Interesse. Sie wollte jetzt Nachschub und packte außer den wollenen Kleidungsstücken auch verschiedensten Schmuck aus Peru ein. Sie hätte nie gedacht, dass die sehr bunten großen Wolltücher sich verkaufen lassen, musste dann aber feststellen, dass gerade diese sehr schnell an die Frau gebracht waren. Auch vom Schmuck wurde viel gekauft und am Ende legte sie mir strahlend 235 Euro auf den Tisch.

Sie berichtete auch, dass sie die Leute auf Canto Vivo, die peruanische Umweltschutzorganisation, mit der wir zusammenarbeiten, angesprochen und an Interessierte Flyer weitergegeben hat.

Insgesamt also ein Riesenerfolg!
Lilo, SHA



Blutsonntag in den Philippinen

Am Sonntag, den 7. März fanden in einem Industriegebiet im südlichen Tagalog der Philippinen Massenverhaftungen und Morde an Arbeiterführern, Aktivisten und Menschenrechtsverteidigern statt. Dies erfolgte auf direkten Befehl von Präsident Duterte, der mit seiner Killergruppe NTF-ELCAC (National Task Force to End local Communist Armed Conflict) bis 2022 die Kommunistische Bewegung ausrotten will. Dieser „Bloody Sunday“ bringt die zunehmende Faschisierung des Staates zum Ausdruck, die sich nun auch offen gegen legale Arbeiter- und Volksorganisationen richtet.

Duterte hatte kurz zuvor in Nord-Mindanao in einer Rede vor Militär und Polizei befohlen: „Wenn Ihr in eine bewaffnete Begegnung mit den kommunistischen Rebellen geratet, tötet sie, stellt sicher, dass Ihr sie wirklich tötet und macht sie fertig, wenn sie noch am Leben sind“. Es ist längst bekannt und dokumentiert, dass mit dem „Red-Tagging“ die Killertruppen bei Verhaftungen und Tötungen Waffen mitbringen und diese dann den Aktivisten als Beweis untergeschoben werden. (...)

In den frühen Morgenstunden drangen kombinierte Kräfte der PNP (philippinische Nationalpolizei) und der Armee AFP bei einem zeitgleich durchgeführten Kommandounternehmen in Büros und Privaträume von Mitgliedern der fortschrittlichen Opposition in verschiedenen Orten der vier Provinzen Laguna, Batangas, Cavite und Rizal ein. Dies ist die Region mit zahlreichen Export Processing Zones, wo internationale Konzerne Hunderttausende Arbeiter beschäftigen, mit der Vorgabe „No strike, No Union“.

Es kam zu acht Festnahmen und neun Ermordungen. In einer sofort organisierten Protestaktion verschiedener Menschenrechtsorganisationen wie Karapatan, Defend

Southern Tagalog, Mitgliedern des Gewerkschaftsdachverbandes KMU u. a. m. vor dem Gebäude des Kommission für Menschenrechte wurde gegen diesen „Blutsonntag“ protestiert (...). Jerome Adonis, Generalsekretär der KMU rief die gesamte philippinische Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft dazu auf, diesem Menschenrechtsnotstand erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Todesopfer sind:

- Manny Asuncion von BAYAN in Cavite (fortschrittliche Dachorganisation mit ca. 1 Millionen fortschrittlichen Mitgliedern)
- Melvin Dasigao und Mark Lee Coros Bacasno von San Isidro, Führer der städtischen Armutsbewegung.
- Puroy dela Cruz und Randy dela Cruz aus Tanay, Mitglieder der indigenen Dumagat Sierra Madre
- Abner Esto und Edward Estno von Rodriguez, Aktivisten der städtischen Armut
- Ariel Evangelista und Chai Lemita-Evangelista, Fischer-Ehepaar von Nasugbu, Ariel war Angestellter einer fortschrittlichen Bauernvereinigung, ihr zehn Jahre alter Sohn konnte sich unter einem Bett verstecken und entging dadurch dem Blutbad.

Die Verhafteten:

- Elizabeth Camoral von Cabuyao, Sprecherin von Bayan Laguna
- Esteban Mendoza von Cabuyao, Arbeiterorganizerin von Olalilia KMU (regionaler Verbündeter der KMU in Süd Tagalog)
- Nimfa Lanzanas, Menschenrechtler, Mitglied von Kapatid (Familien und Freunde/innen der Politischen Häftlinge)
- In Montalban wurden zwei Bauernführer verhaftet.
- Joan Ignacio Efen von Rodriguez
- Bereits am 04.03. wurden Arnedo Lagunias, früherer Funktionär der fortschrittlichen Honda-Gewerkschaft
- und Ramir Corcolon, Generalsekretär der Angestellten in der Wasserwirtschaft in Sta Rosa bzw. der Stadt San Pablo festgenommen.

Wir fordern:

Gib Antikommunismus keine Chance! Bestrafung der Verantwortlichen für dieses Massaker, Freilassung aller politischen Häftlinge!
Unverbrüchliche Solidarität mit dem philippinischen Kampf für nationale und soziale Befreiung!
Unterstützt den Solidaritätspakt der Deutsch-Philippinischen Freunde mit der die Crispin Beltran-Arbeiterschule in Manila!

Infos und Kontakt: DPF e.V. Kölner Straße 355 – 40227 Düsseldorf • Tel. 0211/771610

www.dp-freunde.de • EMail : vorstand@dp-freunde.de

Deutsche Bank 24 Langenfeld • IBAN: DE38 3007 0024 0408 1550 00, BIC (SWIFT): DEUTDE3333

Stichwort Arbeiterschule

Reaktion auf die Pressemitteilung vom 11.01.2021

Hallo, ich habe den Artikel bzw. die Presseerklärung von SI vom 11. Januar 2021 zu den unwürdigen und lebensbedrohlichen Zuständen in den Flüchtlingslagern gelesen. Ich bin erschüttert wie mit den Menschen umgegangen wird. Es muss endlich geholfen werden und es ist zwingend notwendig auch die Fluchtursachen ins Visier zu nehmen.

Was mich allerdings irritiert ist der Vorwurf an die Tierschützer. Diese Gegenrechnung will und kann ich nicht so stehen lassen. Ich bin im Tierschutz tätig, genauso bin ich auch politisch aktiv gegen rechte Hetze/Faschismus. Und ich setze mich auch für die Flüchtlinge ein. Und viele meiner Freunde tun dies auch. Meine Freunde sind Veganer und stehen links. Wir sind auf dem Stand, dass eine vegane Lebensweise das würdevolle Leben von Mensch UND Tier umfasst. Es wird nicht gegeneinander aufgewogen.

Im Gegenteil unsere westliche Lebensweise im Wohlstand mit einem überhöhten Konsum tierischer Produkte ist ein Teil des

Problems. Darauf weist der Katastrophalarm zur Genüge hin. Leider gibt es unter den Tierschützern auch militante und faschistische Leute. Von diesen Organisationen distanzieren wir uns, bzw. grenzen uns klar ab.

Ich finde die Aussage, dass sich Tierschutz nur für Tiere einsetzt, ist so nicht richtig. Genauso unwahr ist es, dass kein Tier in Europa so leben muss wie die Flüchtlinge.

Wie sieht es denn aus in der Massentierhaltung? Was ist mit den unsäglichen Qualen und der Todesangst der Tiere. Wie kommen die Tiere in den Schlachthäusern zu Tode? Es sind genauso fühlende Lebewesen wie der Mensch. Sie wollen nicht sterben! Auch sogenannte Nutztiere fühlen Liebe, Freundschaft, Trauer und Schmerz. Und sie haben Angst. Und kommen oft qualvoll auf Lebendtiertransporten durch die ganze Welt zu Tode.

Diese Aufrechnung/Gegenrechnung bzw. Anklage tut mir in der Seele weh. Ich kann die Verzweiflung der Menschen in den Flüchtlingslagern nachvollziehen. Ich

kann mir auch vorstellen, dass sie von Europa in Bezug Tierschutz ein Bild von Luxusproblemen haben. Aber Tierschutz ist genauso notwendig wie der Kampf gegen die Klimakatastrophe und den Kapitalismus. Wenn jemand auf die Anklagebank gehört, dann das kapitalistische System und seine Träger. Aber nicht die Tierschützer.

Ich sehe es als Hilferuf, aber ich finde es nicht richtig.

Statt hier mit dieser reißerischen Überschrift eine Spaltung herbeizuführen sollten wir doch den Schulterchluss suchen. Es ist unser gemeinsamer Kampf. Es ist der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus. Es ist Umweltkampf. Es ist der Kampf für eine nötige und neue Gesellschaftsordnung, der Kampf für den echten Sozialismus.

Wir brauchen den Zusammenhalt. In diesem Sinne wünsche ich uns viele Mitstreiter und Erfolg.

**Mit solidarischen Grüßen
Marlies Veen
Duisburg**

Antwortschreiben von SI auf Leserbrief v. M. Veen

Liebe Marlies Veen,

vielen Dank für deinen wichtigen Hinweis zum Tierschutz.

"Solidarität International e.V. (SI)" sieht den Tierschutz ebenfalls als wichtig an. Tatsächlich ist es in unserer Gesellschaft, die auf den maximalen Profit ausgerichtet ist, so, dass der Umgang mit Tieren auch den Umgang mit den Menschen zeigt. Es sind ja nicht nur die Flüchtlinge, die unter der Rechtsentwicklung leiden, sondern z. B. auch die Alten in den Pflegeheimen und die Beschäftigten, auch die Menschen in den Betrieben, die unter Corona weiterarbeiten müssen, dass der Rubel weiterrollt.

Ich denke, dass du schon recht hast, dass für manche Menschen in der Situation in Moria/Kara Tepe, oder auch im Lager Lipa in Bosnien, der Tierschutz als "Luxusproblem" erscheinen mag. Generell habe ich aber das Gefühl, dass sie die Heuchelei einer EU anklagen: Die EU will überall auf der Welt mitmischen unter dem Vorwand, ihre "hehren Demokratie- und Menschenrechtsziele" zu verbreiten. Letztlich geht es der EU nur um Handelswege, strategische Rohstoffe und der entsprechenden Positionierung. Für die Menschen - ob Flüchtlinge oder in Hartz IV, im Krankenhaus oder in der Pflege ist nie Geld da. Ist es im Tierschutz

nicht genauso verlogen? Massentierhaltung, Kükentöten, Bodenvergiftung usw. die kleinen Erzeuger können sich vor bürokratischen Auflagen nicht retten, angeblich wegen des Tierwohls. Die Großen machen gerade so weiter wie bisher.

Ich würde dir zustimmen, dass dieser Zusammenhang zu wenig Beachtung findet in dem Bericht der Flüchtlinge. Hauptsächlich sehe ich aber Gemeinsamkeiten zwischen dir/euch als Tierschützer, "Solidarität International e.V.(SI)" und den Flüchtlingen.

**Mit solidarischen Grüßen,
Armin Kolb
Sprecher SI**

Zum Leserbrief von Larry Zweig

Newsletter Januar 2021 für Newsletter zur Veröffentlichung

Eberhard /Stuttgart gekürzt

Lieber Larry Zweig,

ich habe deinen Leserbrief zum „Missbrauch des Begriffs „Antisemitismus“ gelesen und weiß nicht, ob ich alles richtig verstanden habe. Auf jeden Fall zeigt das Programm von Solidarität International, das im September 2020 mit deiner Gegenstimme verabschiedet wurde, klare Kante, wenn es im Punkt 6 heißt:

Faschismus, Rassismus, religiöser Fanatismus, Antisemitismus und Antikommunismus haben keinen Platz in SI. Sie sind unvereinbar mit dem Streben nach Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie.

Du schreibst: „Es gibt vor allem einen Begriff, den ich nicht akzeptieren kann. „Antisemitismus“ wird in Teil 6 erwähnt.“ Warum kannst du diesen Begriff nicht akzeptieren? Ich war zwar nicht bei der von dir erwähnten Sitzung des Bundesvorstandes dabei und verstehe nicht so ganz, was du kritisierst. Es ist aber vollkommen richtig, dass der Kampf gegen den barbarischen und rassistischen Anti-

semitismus unsere ureigenste Sache als solidarische Internationalisten ist. Dabei vertritt SI, dass der Völkermord an den Juden im Hitler-Faschismus die Unterdrückung und Vertreibung des palästinensischen Volks nicht rechtfertigen kann. In zahlreichen UN Resolutionen ist festgehalten, dass der Staat Israel völkerrechtswidrig den größten Teil Palästinas besetzt, das Volk drangsaliert, enteignet und vertrieben hat und nach wie vor vertreibt. Uralte Olivenbaumbestände werden verbrannt, Wasserbrunnen verboten, Palästina wird mit einer acht Meter hohen Schandmauer durchzogen und rechtswidrig die faschistische „Vorbeugehaft“ vollzogen. Der Gazastreifen ist das größte Gefängnis weltweit. SI lehnt den mehrheitlichen Beschluss des Bundestags vom 17. Mai 2019 zur BDS-Kampagne ab. Der Beschluss verleumdet die BDS-Kampagne als „antisemitisch.“ Er setzt die gewaltfreie BDS-Bokottkampagne gegen die Politik Israels mit den faschistischen Aufrufen in den 1930er-Jahren in Deutschland: „Kauft nicht bei Juden“ gleich. Dabei wissen wir, dass die Mehrheit des israelischen Volks ebenso den Frieden ersehnt. Ein Volk, das andere

unterdrückt, kann selbst nicht frei sein! Menschenrechte sind unteilbar. Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit für Palästinenser wie für Juden!

Insofern ist dein Vertrauen in SI, „Bereitschaft, Zivilcourage zu zeigen, wenn wir auf jede Art von Diskriminierung, Vorurteilen und Ungerechtigkeiten stoßen,“ berechtigt: denn internationale Solidarität ist unser Programm!

Wenn unsere Kritik an der Politik der israelischen Regierung von der israelischen Regierung, Trump und den „Antideutschen“ als „antisemitisch“ verleumdet wird, dann ist das eine Lüge. Würden wir das akzeptieren, dann wäre das gleichbedeutend mit einem Freibrief für jede Menschenrechtsverletzung des israelischen Staates. Das kritisierst du richtig: „In keinem Fall hat es etwas mit Antisemitismus zu tun, sondern mit dem Missbrauch von politischer und wirtschaftlicher Macht!“ Insofern teile ich deine Meinung. Der Begriff „Antisemitismus“ wird vom israelischen Staat und seiner Regierung missbraucht und dem Begriff eine andere Bedeutung gegeben. Aus dem Freiheitskampf gegen den „Antisemitismus“ wird ein negativer „Begriff,“ eine Rechtfertigungs-ideologie zur Unterdrückung der Menschenrechte und aller, die dafür eintreten. ...

**Herzliche Grüße,
Eberhard**

**Mike, Düsseldorf,
SI-Mitglied und Deutsch-
Philippinische Freunde**

Lieber Larry,

Dein Leserbrief im Newsletter im Januar zur Benutzung des Begriffs "Antisemitismus" ist wichtig. Es gibt tatsächlich einen Missbrauch des Begriffs "Antisemitismus". Was du schreibst unterstreicht: Dass Menschen, die rassistische Attacken erleben - wie gegen Juden - davon schwer getroffen werden und von anderen wird das oft gar nicht so erlebt, weil sie das noch nicht mitbekommen haben.

In der Bundesvertretung von Solidarität International habt ihr diskutiert, dass Kritik an dem Unrecht des Staates Israel an Palästinensern mit dem Titel

des Antisemitismus versehen wird, obwohl es sich um eine politische und nicht rassistische Kritik handelt. So wird der Begriff tatsächlich missbraucht!

Im neuen Programm von Solidarität International heißt unter Punkt 6: "SI hat Prinzipien: Weltanschaulich offen — überparteilich — internationalistisch — demokratisch — und finanziell unabhängig: Menschen unterschiedlichster Weltanschauung sind in SI willkommen in der ganzen Bandbreite der Projekte von „humanitär bis revolutionär“. Faschismus, Rassismus, religiöser Fanatismus, Antisemitismus und Antikommunismus haben keinen Platz in SI. Sie sind unvereinbar mit dem Streben nach Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie." Das ist kein Missbrauch, weil Antisemitismus real besteht und gerade in Deutschland besonders den Faschisten gedient hat.

Ich verstehe das als wichtige Abgrenzung durch Solidarität International gegen Formen der Unterdrückung von Menschen. So wie ich dich verstehe, reicht es für dich gegen "jede Art von Diskriminierung, Vorurteile und Ungerechtigkeit" zu sein. Für ein persönliches Selbstverständnis teile ich das - aber Solidarität International ist inzwischen ein Name geworden und wird attackiert, daher ist es klug, dass das im Programm deutlich bestimmt wird - wegen Dir wäre es nicht nötig gewesen, das dort rein zu schreiben. Ich sehe es so, dass in Solidarität International wir durchaus unterschiedliches Verständnis haben können. Ich wünsche mir auf jeden Fall auch mit Dir in einer solchen Organisation zusammen zu sein.

**Herzliche Grüße aus Düsseldorf,
Mike**

Zum Tode von Dr. Reiner Bernstein

Mit 82 Jahren ist in München der jüdische streitbare Publizist Reiner Bernstein verstorben. Er trat für einen gerechten Frieden in Nahost ein und engagierte sich gemeinsam mit seiner Frau Judith in verschiedenen Initiativen und Zusammenschlüssen, die für den jüdisch-palästinensischen Dialog stehen. Gemeinsam mit seiner Frau erhielt Reiner Bernstein den Preis für die Verlegung von Stolpersteinen in München und für ihren Einsatz für den Frieden zwischen Israel und Palästina. Wir durften Reiner Bernstein in der Zusammenarbeit über den Koordinierungskreis Israel/Palästina (KoPI) kennenlernen. Stets trat er engagiert für die Einhaltung des Völkerrechts und das Ende der israelischen Besetzung ein. Er verteidigte öffentlich die BDS-Kampagne, die ihm den Vorwurf einbrachte, „Antisemit“ zu sein, Veranstaltungsräume wurden ihm

in München verwehrt wegen „zu erwartender unerwünschter Meinungsäußerungen“.

Doch: „Kritik an der israelischen Regierung ist kein Antisemitismus. Im Gegenteil – ich würde sogar sagen: Die wahren Freunde Israels kritisieren diese Politik. Denn sie ist nicht nur für die Menschen verheerend, die unter der Besetzung leiden, sondern auch für die Israelis und für die Zukunft des ganzen Landes. Antisemitismus muss wie jede andere Form von Rassismus bekämpft werden.“, so Judith Bernstein im Interview mit marx21 vom 26.11.20.

Dr. Reiner Bernstein wird uns als aufrechter, fortschrittlicher Mensch in Erinnerung bleiben, der sich für eine Welt ohne Rassismus und Besetzung eingesetzt hat. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Judith, die das gemeinsame Werk fortsetzt.



SOLIDARITÄT
INTERNATIONAL

Neuer You tube Kanal von Solidarität International

Liebe Leser der Homepage von SI, Aktuell hat SI jetzt seinen eigenen Youtube Kanal eingerichtet. Dort findet ihr Filme aus der SI Arbeit.

Sucht auf Youtube:
"Solidarität International" oder einfach folgender Link
<https://www.youtube.com/channel/UC4UjS3cUJFgw6S7S-fKo4Rfg>

Wir freuen uns auch auf Kurzfilme aus den Aktivitäten der SI-Gruppen.

Schickt eure Filme an:
buer@solidaritaet-international.de
größere Dateien an diese Mail auch ggf. über WeTransfer

Ich werde Mitglied in SI:

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Mein Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ €
(mindestens 1,50 €/Monat)

wird bezahlt per

Abbuchung

jährlich anders: _____

Konto-Nummer / IBAN _____

Bankinstitut / BIC _____

Dauerauftrag ab dem _____
auf das Beitragskonto von SI

IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76

BIC: FFVBDEFF, Frankfurter Volksbank

soll bar kassiert werden

Bitte in einem Briefumschlag senden an:

Solidarität International (SI) e.V.
Grabenstraße 89 · 47057 Duisburg

www.solidaritaet-international.de



Postleitzahl, Ort: _____

Telefonnummer: _____

Datenschutzhinweis:

Ihre personenbezogenen Daten werden von Solidarität International e.V. gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zur Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich an besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht.

Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter
<https://solidaritaet-international.de>

Ich habe die Datenschutzhinweise zur Kenntnis genommen.

Ich stimme der Veröffentlichung von Fotos für die Vereinsarbeit in den von uns verwendeten Medien zu.

Datum, Unterschrift

Büro:

Grabenstr. 89, 47057 Duisburg
Tel. 0203/6045790 Fax 0203/6045791
buero@solidaritaet-international.de
Bürozeit: Mittwoch 13.00 – 17.00 Uhr

Sprecher/innen der SI-Bundesvertretung:

Ute Kellert, Kantstr. 63
47166 Duisburg, Tel. 0160-2000 811
E-Mail: ute.kellert@posteo.de

Renate Radmacher, Eifelstraße 22
D-73433 Aalen, Tel. 073 61/72 52 2
E-Mail: renate.radmacher@online.de

Armin Kolb, Honiggasse 11
D-73525 Schwäbisch Gmünd, Tel 07171-65110
E-Mail AuM.Kolb@web.de

Bundesweite und örtliche Kontaktadressen:

Aalen/Heidenheim: Christa Fragner-Schneider,
Falkensteinerstraße 16, 89547 Dettingen,
Tel.: 07324/8493, E-Mail: filzgewerk@gmx.de

Aschaffenburg: Alexander Schmidt,
Hohenzollernring 2b, D-63739 Aschaffenburg,
Tel.: 06021/200 734, E-Mail: alex40schmidt@aol.de

Berlin: Martina Wikowski, Rolf-Andreas Trendelenburg
Finchleyst. 2, 12305 Berlin,
E-Mail: Martina.Wikowski@gmx.de

Bochum: Helga Böttigheimer,
Telemannstr. 13, 44869 Bochum,
E-Mail: c-boettigheimer@t-online.de

Braunschweig: Bea Cockburn-Waßmann,
Geysstraße 14, 38106 Braunschweig,
Tel.: 0531/38933771, E-Mail: batracio_pe@yahoo.com

Darmstadt: Ulrich Klingemeier,
Gagernstraße 3, 64283 Darmstadt, Tel.: 06151/1364442

Dortmund: Anne Goemann,
Am Heedbrink 76, 44263 Dortmund,
Tel.: 0151 42320618, E-Mail: annegoe@aol.com

Düsseldorf: Irmela Specht,
Zonser Straße 19, 40223 Düsseldorf,
Tel.: 0211/151695

E-Mail: Irmela@specht-online.com

Duisburg: SI-Zentrum Duisburg,
Flurstraße 31, 47057 Duisburg,
E-Mail: solidaritaet-international-Duisburg@web.de

Bürozeiten: Fr. 18.00 – 20.00 Uhr
Erlangen: Winfried Fleischmann,
91052 Erlangen, Tel.: 09131/16559

E-Mail: winfredo2000@gmx.de

Esslingen: Werner Jauernig,
Turmstraße 2, 73728 Esslingen, Tel.: 0711-350293
E-Mail: d.jauernig@t-online.de

Franken: Larry Zweig,
Theaterstraße 36, 90762 Fürth
E-Mail: larryzweig@yahoo.com

Frankfurt/Main: Martin Semle,
Starkenburger Straße 11, 60386 Frankfurt, Tel.: 0171/4153281
E-Mail: m.semle@t-online.de

Konten:

Alle Konten bei:
Frankfurter Volksbank, BLZ 501 900 00

Spendenkonto:
(unter Verwendung eines entsprechenden Stichwortes)
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84 BIC: FFBVDEFF

Beitragskonto:
IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76 BIC: FFBVDEFF



Gelsenkirchen: Marlies Schumann,
Hauptstraße 40, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209/202451,

E-Mail: marlies.schumann@gmx.de

Gera: Heidrun Gerhold, E-Mail: heidrungerhold@t-online.de

Hamburg: Christian Kölle,
Gerichtsstraße 40, 22765 Hamburg, Tel.: 040/3800936

E-Mail: SI-HH@cademica.net

Hannover: Anke Nierstenhöfer,
Kansteinweg 12, 30419 Hannover,
E-Mail: hannover@solidaritaet-international.de

Heidelberg: Udo Merzinsky,
Mannheimer Straße 203a, 69123 Heidelberg, Tel.: 06221/833506

Heilbronn: Dieter Schweizer,
Heidelbergerstr. 59, 74080 Heilbronn-Böckingen,
Tel.: 07131/254983, E-Mail: artolu@web.de

Kassel: Hans Roth,
Maybachstraße 1, 34127 Kassel, Tel.: 0152 272 818 73

Meinerzhagen: Albert Schmit,
Heidewinkel 6, 58540 Meinerzhagen, Tel.: 02358/790072

München: Torsten Zein,
Am Eisenbrunnen 5, 89547 Dettingen,
Tel.: 0176/40185629, E-Mail: tozein@gmx.de

Nürtingen/Kirchheim-Teck: Dieter Rupp,
Panoramaweg 54, 72660 Beuren

Oberhausen/Mülheim: Ingeborg Kasprk,
Lohhecke 3, 46047 Oberhausen, Tel.: 0208/646928

E-Mail: IKasprk@t-online.de

Rüsselsheim: Wolfgang Almeroth,
Eichengrund 16, 65428 Rüsselsheim, Tel.: 06142/2205829
E-Mail: w.almeroth@mail.de

Saarland: Helmuth Bohn – Klein,
Hermannstr.55, 66538 Neunkirchen

helmut.bohn-klein@t-online.de

Schleswig-Holstein: W. Laub,
Tel.: 03221/2324137, si-sh@arcor.de

Schwäbisch Hall: Lilo Röser,
Bahnhofstraße 15, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0791/8 46 14

Stuttgart: Dorothea Hofmann,
Beutelsbacher Str.10, 70372 Stuttgart, Tel.: 0711/50475017
E-Mail: dorotheahofmann@gmx.de

Tübingen: Ferit Atan,
Eugenstraße 7, 72072 Tübingen

Ulm: Axel Korn,
Ochsensteige 12/4, 89075 Ulm

Varel: André Jäger,
Oldenburger Straße 8, 26316 Varel
Tel.: 04451/8059215, Handy: 0176-830-18817

Villingen-Schwenningen: Helmut Kruse-Günter,
Langstr. 4, 78050 Villingen – Schwenningen, Tel. 07721/2068930

Regionaladressen Freundeskreis Flüchtlingsolidarität:

Süd (Baden-Württemberg, Bayern): si-freundeskreis-sued@gmx.de

Mitte: Nordrhein-Westfalen: freundeskreisfluechtlingssolidaritaet@gmx.de

Nord: trawally638@gmail.com (möglichst in englisch kommunizieren!)

Ost: si-freundeskreis-ost@posteo.de

Impressum:

Herausgegeben im Auftrag der Bundesvertretung von
Solidarität International (SI) e.V.

Verantwortlicher der Redaktion:

Axel Kassubek, Umlandstr. 16, 34119 Kassel, Tel.: 0561/312409,
E-Mail: kassu@t-online.de

Zuschriften - bitte per E-Mail in pdf oder rft-Format - an:
waltraut.bleher@t-online.de

Vertrieb/Bestellungen:

Geschäftsstelle Solidarität International e.V., Grabenstr. 89,
47057 Duisburg, Tel.: 0203/6045790, Fax: 0203/6045791

Auflage: 1400 Stück

Layout: Verena Schulz

Druck: Druckerei Neuer Weg GmbH,
Alter Bottroper Str. 42, 45356 Essen

Spendenpreis: € 1

Für SI Mitglieder ist der Bezug des Newsletter im Mitgliedsbeitrag enthalten.